

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage. Bezugspreis:
Abbest. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,50 RM. + 84 Pf.
Botenlohn = 2,20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
monatlich 2,15 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die
gebührende Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Beleg- u. Wer-
sammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreizehnbaltige Milli-
meterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Ausnahmegebühr in der
Hauptexpedition um 8 Uhr: in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 43002. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Sinter-
haus). Fernsprecher 43902. Erscheinungstag: Montag bis
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsraum: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 43002.

Neuer Fememord der SA.

Blutiger Kampf im Verkehrslokal der SA. zwischen Anhängern Strassers und Hitlers / Mehrere Schwerverletzte / SA.-Proleten macht Schluß mit Hitler und Strasser!

Dresden, 27. Dezember. (Eig. Drahtber.). Hier wurden am
zweiten Weihnachtstags in der Talsperre Walter die Leiche des Na-
tionalsozialisten Gentsch aufgefunden. Gentsch wurde seit dem 4. No-
vember vermisst, aber man mußte, daß er an diesem Tage von drei
SA.-Leuten aus seiner Wohnung gelockt worden war. Diese drei SA.-
Männer sind verschwunden und es liegt hier offensichtlich ein neuer
Fememord vor.

Berlin, 27. Dezember.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP. zwischen den
Anhängern Gregor Strassers und den Anhängern Hitlers nehmen
hier von Tag zu Tag schärfere Formen an. Am Sonnabend, nachts
gegen 2 Uhr, kam es im Verlauf einer hitzigen Auseinandersetzung
zwischen SA.-Leuten, die auf Hitler schwören, und SA.-Leuten, die
sich zu Strasser bekennen, in dem nationalsozialistischen Verkehrslokal
„Zur Anhalter Klause“ am Anhalter Bahnhof zu einer blutigen
Schlägerei, bei der auch geschossen wurde. Die SA.-Leute wurden von
der Übermacht der Hitler-Anhänger mit blutigen Köpfen aus dem
Lokal geschlagen. Sie flüchteten und holten Polizei zu Hilfe. Der
Polizeihauptmann ging in das Lokal, um die Namen der bewaffneten

Hitler-Anhänger festzustellen. Diese leisteten Widerstand. Der SA.-
Trupparzt Dr. Tröppner zog seine Pistole gegen die Polizei, zugleich
ging das Licht im Lokal aus. Der Polizeioffizier gab erst einige
Schredschüsse ab, worauf die Nationalsozialisten auf ihn feuerten. Die
Polizei schoß dann ebenfalls, wobei der Trupparzt schwer verwundet
wurde. Schließlich wurden die Nationalsozialisten überwältigt. Bei
einer Anzahl von ihnen, so unter anderem bei einem weiteren Trupp-
arzt, Dr. Traubner, wurden geladene Waffen gefunden. Neben dem
schwerverletzten Hitlergardisten Dr. Tröppner mußte auch ein Anhänger
Strassers, der einen schweren Schädelbruch im Kampfe mit der SA.
erlitten hat, ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Es ist kein Zweifel, daß Hitler den Befehl gegeben hat, die oppo-
sitionellen SA.-Leute mit allen Mitteln niederzuschlagen. Gleichzeitig
hegen die Nazi-Führer, um vom Kampf innerhalb der NSDAP. abzu-
lenken, die SA.-Truppen gegen die Arbeiter zu verstärkten Terror-
aktionen.

Es muß allen über die Hitler-Politik empörten Nazi-Anhängern
gesagt werden, daß Strasser genau so wie Hitler die Massen betrügt.
Für alle bisherigen Nazianhänger, die den Betrug der Hitler und
Konforten durchschauen, gibt es nur den Bruch mit der Nazi-Partei
und den Anschluß an die Einheitsfront, die gegen das Kapital kämpft.

Arbeiterklasse und nationale Frage

Damit verschiedene Nationen frei und friedlich mit-
einander leben oder auseinandergehen (wenn es ihnen
besser paßt) und verschiedene Staaten bilden können, ist
die von der Arbeiterklasse verfochtene volle Demokratie
erforderlich. Keiß Privileg für irgendeine Sprache! Nicht
die geringste Unterdrückung, nicht die geringste Ungerech-
tigkeit gegenüber einer nationalen Minderheit! — Das sind
die Grundsätze der Arbeiterdemokratie.

(Lenin-Artikel in der „Pravda“ vom 23. Mai 1913 über
„Die Arbeiterklasse und die nationale Frage“.)

Jungarbeiterchaft und Betriebsrätewahl

In den Betrieben rüsten die Arbeiter zu den Neuwahlen der
Betriebsvertretungen. Als die reformistischen Gewerkschaftsbüro-
kraten, bangend um ihren Einfluß in den Betrieben, auf dem Frank-
furter ADGB-Kongress die Forderung auf Verlängerung der Amts-
dauer aller Betriebsräte erhoben, verstaubte die damalige Brüning-
Regierung sehr wohl den Anglisten ihrer Tolerierungsfreunde und
verbot durch die Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 die Wahlen.
Die verlängerte Amtsdauer ist nunmehr abgefallen, jetzt gilt es, in
den Betrieben die Arbeiterkraft für die Wahl revolutionärer Be-
triebsräte zu mobilisieren. In den Betrieben, wo unsere KPD-
Kollegen es verstanden, alle Teile der Belegschaft zu mobilisieren,
dort, wo wir Kämpfe organisieren, zeigt sich bei den bereits durch-
geführten Wahlen wachsendes Vertrauen zur revolutionären Ge-
werkschaftsbewegung.

Gerade angesichts der bevorstehenden Wahlen ist es angebracht,
auf einige Schwächen in der Bearbeitung der betriebstätigen Jugend
hinzuwiesen, und die Wege zu zeigen, die eine erfolgversprechende
Tätigkeit ermöglichen. Es zeigt sich, sowohl bei den Wahlen 1931
als auch bei den Wahlen, die in einer Anzahl von Betrieben trotz
Rotverordnung stattgefunden haben, daß wir es nicht überall ver-
standen, die Jugendlichen zur Wahl zu mobilisieren. Es besteht eine
solche Tatsache, daß nur wenige Jugendbetriebsräte gewählt wurden,
daß ein Teil roter Betriebsräte nicht die Bedeutung der Lehrlinge
und Jugendlichen im Betrieb erfassen.

Die ausgebeutete Jugend ist rechtlos!

Die Entwicklung der Unternehmerroutine führte dazu, daß ins-
besondere die Lebenslage der Arbeiterjugend ungeheuer verschlechtert
wurde. Alle Angriffe des Unternehmertums konzentrierten sich in
erster Linie auf diese Schicht des Proletariats. Die Jugendlichen, die
heute in einer Reihe von Industrien, besonders aber in der Textil-
industrie, ein entscheidender Faktor sind, arbeiten unter den schlimm-
sten Bedingungen. Wochenlöhne von 4 und 5 Mark sind keine Selten-
heit. In der Eisenacher Kammgarnspinnerei werden z. B. Jugend-
liche eingestellt mit einem Stundenlohn von 14 Pfennig. Von der
Fischräucherei Schapp-Dortmund, wo nur jugendliche beschäftigt
sind, wird berichtet, daß jugendliche Arbeiter in drei Tagen ganze
69 Pfennig bares Geld ausgezahlt bekamen.

Aber die Jugend ist nicht nur der ausgebeutete Teil des Pro-
letariats, sondern sie ist auch in den Betrieben rechtlos. Jugendliche
dürfen nicht zur Betriebsvertretung wählen, da das Betriebsrätegesetz
als Mindestalter 18 Jahre vorschreibt. Sie dürfen nicht als Ver-
treter ihrer Kollegen gewählt werden, da dasselbe Gesetz beiaugt, daß
wählbar nur Arbeiter sind, die mindestens 24 Jahre alt sind. Die
von Lehrlingen und Jugendlichen gewählten Jugendvertrauensleute
werden gesetzlich nicht anerkannt. In den Betrieben, wo wir es noch
nicht verstanden, die Jugendlichen zu beeinflussen, wo keine KPD-
Jugend und keine KPD-Zelle die Jugendbelegschaft bearbeitet, dort,
wo sich unsere erwachsenen Kollegen ungenügend um die Lehrlinge
bekümmern, sind Lehrlingsmitbestimmungen, Schikanen und Strafen
aller Art an der Tagesordnung.

Dabei zeigt es sich, daß reformistische, christliche und Nazi-
Betriebsräte sich oftmals als Handlanger der Unternehmer erweisen.
Auf diesem Gebiet sind Hunderte von typischen Beispielen vor-
handen. Eins davon soll als Illustration dienen.

Als in der Metallfabrik Mansfeld in Leipzig ein Lehrling vom
Meister blutig geschlagen wurde, wandten sich die Jugendlichen an
den sozialdemokratischen Betriebsrat. Dieser erklärte ihnen jedoch,
daß er dagegen nichts machen könne. In dem Moment aber, als sich
die KPD-Jugend um diese Jugendlichen kümmerte und auf Grund
dieses Vorfalls eine Lehrlingsversammlung organisierte, da erschien
der gesamte Betriebsrat mit einigen Anhängern und versuchte, diese
Versammlung zu sprengen.

In Hunderten von Betrieben haben die Lehrlinge und Jugend-
lichen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung erkannt, daß nur die
KPD und ihre Jugend ernsthaft die Rechte der Jugendlichen

„Erst der alte Lohn, dann Einfahrt“!

Kuhr-Kumpels fordern Rückgängigmachung des Papen-Lohnabbaus

Am 22. Dezember fand eine vom roten Einheitsverband ein-
berufene Konferenz aller Schachtgruppenleiter des CVBD. von den-
jenigen 16 Kuhrschächten statt, wo es den Kuhrkapitalisten gelungen
ist, auf Grund der Papen-Notverordnung einen Lohnabbau durchzu-
führen. Die Schachtgruppenleiter wenden sich mit einem Aufruf an
die Belegschaften ihrer Schächte und darüber hinaus an die gesamte
Kuhrbelegschaft, jetzt den Kampf um die Zurückeroberung der alten
Löhne aufzunehmen. In dem Aufruf heißt es:

Am 1. Januar muß auf den von der Papen-Abbauverordnung
betroffenen Schächten die Lohnordnung wieder in Kraft gesetzt
werden. Für diese Kampfzweckung gilt es, alle Kräfte zu mobil-
sieren.

Rote Betriebsräte, verlangt die Einberufung von Betriebsrats-
sitzungen! Stellt euch an die Spitze der Belegschaften zum Kampf
für diese Forderungen!

Belegschaften! Fordert Belegschaftsversammlungen! Rüstet, um
im Falle der Nichtzahlung der alten Löhne durch Nichtanfahrt Anfang

Januar eure Forderungen durchzusetzen! Erst den alten Lohn, dann
Anfahrt, das muß die Forderung jeder Belegschaft sein. Wählt in
allen Kameradschaften eure Vertrauensleute!

Organisiert auf allen Schächten den Kampf zur Sicherung des
Pauerdurchschnittslohnes. Jede Kameradschaft wählt sofort ihre
Bedingekommission! Erklämpft in allen Revieren und Betriebspunkten
die Verbesserung der Bedingefälle! Jeder neue Lohnraubvorstoß muß
an dem geschlossenen Widerstand der Belegschaften scheitern.

Freigewerkschaftlich und christlich organisierte Kameraden! Reicht
euch ein in die Bergarbeiter-Einheitsfront! Setzt in euren Jahrestellen-
versammlungen Kampfbeschlüsse durch für die Wiederinfraktierung
der alten Lohnforderung, für Zurückeroberung des geraubten Lohnes,
für die Sicherung des tariflicher Pauerdurchschnittslohnes, für die
Verteidigung der Tarife und aller sozialen Errungenschaften! Helft
mit, den Kampf für unsere gemeinsamen Lebensforderungen zu
organisieren und zu führen!

Lohnbeutel einer Arbeiterin auf der Johannagrube

Bei schwerer Arbeit 92 Pfennige zum täglichen Lebensunterhalt

Bövel, 26. Dezember. Mit der Lohn der Bergarbeiter schon durch
den direkten Lohnabbau auf Grund der Brüning- und Papen-Not-
verordnungen sowie des indirekten Lohnraubes auf verschiedene Art
und Weise, wie er von den oberstehenden Zechenbaronen angewandt
wird, miserabel, so ist der Lohn der Arbeiterinnen um ein Vielfaches
elender. Trotzdem müssen die Arbeiterinnen die gleichen Leistungen
eines männlichen Arbeiters vollbringen.

Nachfolgend ein Lohnbeutel einer Arbeiterin der Johannagrube
aus dem letzten Monat:

In 22 Schichten mal 1,57 M. 34,54 M.
Dazu Akkord für 13 Stktn je 19 Pf. 2,47 M.
Zulage 0,62 M.

Summa des Bruttolohnes 37,63 M.

Abzüge:
Lohnkürzung laut Rotverordnung 1,77 M.
Abzüge für Materialien 0,54 M.
Anpasschäftsrentenlohnbeitrag 1,73 M.
Erwerbslosenversicherungbeitrag 1,17 M.
Anpasschäftsrentenlohnbeitrag 2,06 M.
Invaliden- u. Altersversicherungbeitrag 1,29 M.
Sterbekassenbeitrag 1,20 M. = 9,76 M.

Summa des Nettolohnes 27,87 M.

Diesen Betrag des Nettolohnes umgerechnet auf 30 Tage, einen
Monat, ergibt 92 Pfennige zum täglichen Lebensunterhalt. Von dem
monatlichen Nettolohn muß aber noch die Miete für die Wohnung

in Abzug gebracht werden, so daß der Betrag für den nackten Lebens-
unterhalt, nur für Essen und Trinken, die erste Voraussetzung, um
sich am Leben zu erhalten, noch geringer wird.

Einen solchen horrenden Lohn verdienen die Arbeiterinnen in
9- bis 10-tägiger täglicher schwerer Arbeit, während die Zechen-
barone ungeheure Dividenden schluden.

Hier gilt es für die gesamte Bergarbeiterchaft, im Kampf gegen
den Lohnraub und Hungerlöhne die Frauen mit in die Kampffront
einzureihen. Zahlreich werden Frauen im Bergbau und in der In-
dustrie beschäftigt, da sie für die Unternehmer eine noch größere Aus-
beutungs- und Profitmöglichkeit darstellen insolge der niedrigen Löhne
und der Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft absichtlich die
werttätige Frau als nicht gleichberechtigt behandelt und in den
Hintergrund drängt. Weher die reformistische noch christliche Ge-
werkschaftsbürokratie kümmert sich um die werttätige Frau und über-
läßt sie daher der willkürlichen Ausbeutung der Unternehmer.

Auf allen Zechen und in allen anderen Betrieben gilt es die
arbeitenden Frauen durch die KPD. zusammenzufassen und ihre For-
derungen mit den Forderungen der Gesamtbelegschaft zu verbinden
und sie einzureihen in die rote Kampffront gegen Lohnraub und
Hungerlöhne — für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen unter der
Forderung: Gleiches Lohn für gleiche Leistung!

Weltfestenrat am 4. Januar

Berlin, 27. Dezember. (Eig. Drahtber.) Der Weltfestenrat des
Reichstages tritt am 4. Januar 1933 zusammen.

Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages

Die erste Tagung der Bezirksleitung Schlefien

Am 25./26. Dezember tagte zum erstenmal die auf dem 17. Bezirksparteitag gewählte Bezirksleitung. Die Führung der kommunistischen Partei Schlesiens nahm an zwei arbeitsreichen Tagen zu den theoretischen Fragen, die die Situation vor die Partei stellt und zur Durchführung der Beschlüsse des siebzehnten Bezirksparteitages Stellung. Einen breiten Raum in dem Referat des politischen Leiters der KPD. Schlesiens, des Genossen Gustel Sandner, und in der lebhaft geführten Diskussion nahm die Stellungnahme zur Entwicklung der faschistischen Diktatur, zur wechselseitigen Ausnutzung der Sozialdemokratie und Nationalsozialisten durch die Bourgeoisie im Interesse der Festigung der faschistischen Diktatur sowie die Fragen des wachsenden revolutionären Aufschwungs, der End- und Tageslösungen zur Heranführung der Arbeiterklasse und der Werktätigen über Teilkämpfe an den Kampf um die politische Macht, ein.

Mit der Beendigung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und dem Heraufkommen des revolutionären Aufschwungs entwickelte sich in Deutschland die faschistische Diktatur. Das bedeutet nicht, daß wir die Demokratie der faschistischen Diktatur gegenüberstellen. Die Bourgeoisie ist entsprechend der vorhandenen Gegensätze in ihrem eigenen Lager, die mit der Krise des Kapitalismus wachsen und der Stärke der kommunistischen Partei gezwungen, im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus wechselseitig beide Herrschaftsmittel, die Demokratie und faschistische Diktatur anzuwenden. Auch die demokratische Herrschaftsform ist ein Mittel der Diktatur des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse nur überwiegt dabei die Anwendung des Betrugs. Das Ende der dritten Periode, der relativen Stabilisierung, brachte auf der einen Seite einen Verfall der faschistischen Diktatur, so in Spanien, und auf der anderen Seite eine Entwicklung zur faschistischen Diktatur.

In Deutschland haben wir mit dem 20. Juli durch den Staatsstreich in Preußen eine Umgruppierung der Kräfte der Bourgeoisie und damit die Verwirklichung der faschistischen Diktatur erlebt. Die Festigung der faschistischen Diktatur ist abhängig vom Tempo des revolutionären Aufschwungs. In Deutschland hat die faschistische Diktatur bereits eine erste Niederlage erlitten. Die Papen-Regierung mußte auf Grund der Streikbewegung der Arbeiterklasse abtreten. Das bedeutet nicht, daß die jetzige Schleicher-Regierung eine Abschwächung der faschistischen Diktatur gegenüber der Papen-Regierung darstellt. Im Gegenteil! Das Schleicher-Kabinett stellt eine offenere, brutaleren Form der faschistischen Diktatur dar. Der Unterschied besteht nur darin, daß Schleicher auf Grund des Anwachsens der revolutionären Kräfte gezwungen ist, etwas stärker als Papen die Methoden des Betrugs anzuwenden. Das kommt in dem Arbeitsbeschaffungsplan dieser Regierung, der von der Gewerkschaftsbürokratie ausgearbeitet wurde, zum Ausdruck.

Wie stark die Gegensätze im Lager der Bourgeoisie selbst sind, zeigt die Tatsache, daß dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm trotz Anbindung für die letzte Woche noch nicht veröffentlicht werden konnte. Auf der einen Seite vereinigt die Schleicher-Regierung alle Wehrkräfte in einer Hand und geht in der Verfolgung der kommunistischen Partei weiter als Papen, während er auf der anderen Seite sich ein soziales Mantelchen umhängt und versucht, die soziale Diktatur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten, wechselseitig im härtesten Maße auszunutzen. Die Entwicklung der letzten Wochen und Monate in Deutschland bewährte die Stalin-Analyse von der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten, die besagt, daß beide keine Antipoden, sondern Zwillingen sind. Die Aufgabe der KPD, sowie der Nazis besteht darin, die Kräfte der revolutionären Arbeiterklasse zu schwächen. Hier wurde in der Diskussion die sehr wichtige Frage aufgerollt, inwiefern die Sozialdemokratie nach Manöver zur Täuschung der Arbeitermassen durchzuführen kann. Diese Frage hängt ganz von der jeweiligen Situation, von dem Tempo des revolutionären Aufschwungs und der Herabsetzung im Lager der Bourgeoisie ab. Selbstverständlich wird ihre Rolle als soziale Diktatur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse bis zum letzten Moment beibehalten. Das zeigte auch die Entwicklung der russischen Revolution.

Um das zu ermöglichen, ist die Bourgeoisie daran, die Nationalsozialisten in härtester Weise in den Staatsapparat einzuschleusen. Dadurch erhält sich für die KPD die Möglichkeit einer noch härteren Scheinopposition. An Streikbewegungen wird sich die KPD nur beteiligen, um diese von innen heraus abzumürben. Die Mandatierfähigkeit der KPD wird mit dem Wachsen der Schwierigkeiten der Bourgeoisie und unserem raschen Vormarsch hart eingesenkt.

Eine lebhafte Diskussion wurde in Verbindung der Stellungnahme zum Gesamtreferat der revolutionären Krise und zu der Lage in Deutschland über die Lösungen geführt. Die Gesamtheit der letzten Lage erfordert eine starke Verbindung der Tageslösungen mit den Endlösungen. Eine große Rolle spielt dabei der Kampf des Genossen Anwarin über „das Anwachsen des revolutionären Aufschwungs und die Aufgaben der KPD“ in der letzten Nummer der „Kommunistischen Internationale“. Es heißt dort, daß die Lösung „Kampf für die Diktatur des Proletariats“ durch eine andere Lösung und durch kein Einverständnis erreicht werden kann, daß die Aufstellung solcher Lösungen, wie z. B. „ein freies soziales Deutschland“, ist nur die Hauptaufgabe, die gegenwärtig vor dem Proletariat steht, welche, in derselben Nummer der „K. I.“ von der Genossin Ullrich zur Frage der Endlösung: „Wir müssen die Lösung der Arbeiter- und Bauernrepublik in den Massen der Arbeiter erkämpfen als einen Kampf um die Verwirklichung der wahren proletarischen Demokratie, die ihren Ausdruck findet in der Herrschaft der Räte, in der Diktatur des Proletariats als der Voraussetzung des Sozialismus.“

Als einen praktischen Beispiel wurde die Frage der Tageslösungen gestellt. In Waldenburg wurde von uns die Lösung vorgeschlagen: „Beseitigung des Krümmermonats, Siebenhunderttag bei vollem Lohnausgleich.“ Diese Lösung ist in der Linie richtig, wurde jedoch von den Bergarbeitern nicht verstanden, da sie nicht die nächstliegende Tagesforderung zum Inhalt hatte. Als die Genossen die Lösung aufstellten: „100proz. tägige Bezahlung der Unterstützung für alle Bergarbeiter während des Krümmermonats“, begann sich auf den Schächten eine Bewegung anzubahnen. Selbst sozialdemokratische Arbeiter und FAS-Kameraden erkennen diese Lösung als richtig an. Dieses Beispiel zeigt, daß wir immer das Ohr bei den Arbeitern haben und solche Tageslösungen aufstellen müssen, welche die Arbeitermassen in Bewegung bringen und an Teilkämpfe heranzuführen.

Auf der ersten Tagung der schlesischen Bezirksleitung ist die Stellungnahme einer Anzahl Genossen zum proletarischen Internationalismus, zur deutsch-polnischen Frage von besonderer großer Bedeutung. Polen ist dasjenige Land, das von den kapitalistischen Ländern, die unmittelbar vor einer revolutionären Situation stehen, die größte Gefahr genannt werden muß. Dort haben wir außer den großen Streikläufen der Arbeiterklasse bereits bedeutungsvolle Konernaufründe. Auch in Polen gibt es noch eine Reihe ähnlicher Schwächen, vor allem an der Betriebsfront, wie in Deutschland.

Ein Jurist der Bezirksleitung berichtete in diesem Zusammenhang, daß an der schlesisch-polnischen Grenze von den Arbeitern und Werktätigen der Aufruf unseres Bezirksparteitages „Erreicht die Grenzen, schließt die Fronten!“ sehr lebhaft begrüßt wurde. Es wurden dort drei Delegierte auf die deutsch-polnische Betriebsdelegiertenkonferenz, die am 20. Januar stattfindet, gewählt. Diese Tatsache muß für die gesamte schlesische Parteiorganisation ein Anlaß sein, gegenüber den faschistischen Aufstellungen, die gerade in Schlefien fieberhaft betrieben werden, noch härter die Fragen des sozialen und nationalen Befreiungskampfes der werktätigen Bevölkerung zu stellen.

Einen ganzen Tag nahm auf der Sitzung der Bezirksleitung die Behandlung der Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages in Anspruch. Die Berichterstattung über diese Beschlüsse wurde in allen Organisationseinheiten der Partei zu 80 bis 100 Prozent durchgeführt. Das Heranbringen der Beschlüsse unseres 17. Parteitages an die Zellen und Ortsgruppen war eng verbunden mit der konkreten Aufgabenstellung an der Kampffront zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse im Betrieb, an der Stembühel und in der Gewerkschaft. Darin zeigt sich die weitere Bolschewisierung der schlesischen Parteiorganisation.

Trotz dieser Tatsache sind noch eine Reihe entscheidender Schwächen vor allem an der Betriebs- und Gewerkschaftsfront vorhanden. Welche glänzenden Möglichkeiten zur Eroberung der Betriebsarbeit vorhanden sind, zeigte ein Genosse aus dem Gebiet Halbau-Wiesau auf. Dort ist es in einem Glasbetrieb gelungen, durch großzügige Organisation des Literaturverkehrs von außen nicht nur sämtliches Material in wenigen Minuten abzuholen, sondern vor den Fabrikanten mit der Gesamtbelegschaft eine Versammlung durchzuführen. Dieses Beispiel zeigt die großen Möglichkeiten auf, die bei weitem nicht ausgenutzt werden. Die noch vorhandene Schwäche an der Betriebsfront kam besonders in der Behandlung der Arbeit unserer Genossen im größten Textilbetrieb von Schlefien, bei Dierig-Langenbielau, zum Ausdruck. Dort ist es nicht gelungen, irgendeine Bewegung gegen die Lohnfaltungen, die ständig individuell vorgenommen werden, auszulösen. Eine Kontrolle der Mitgliedschaft ergab eine verhältnismäßig große Anzahl Genossen, die noch im Textilarbeiterverband Mitglied sind, ohne bisher zur Fraktions- und Oppositionsarbeit zusammengefaßt zu werden. Es muß allgemein festgestellt werden, daß trotz einiger guter Ansätze in

der Gewerkschaftsarbeit diese weit hinter den vorhandenen Möglichkeiten zurückbleibt.

Die Bezirksleitung betonte noch einmal, alle Kräfte gerade auf die Betriebs- und Gewerkschaftsfront zu konzentrieren und dabei die Verbindung mit dem Kampf der Erwerbslosen gegen Hunger und Frost herzustellen. Mit dem Ablauf der Frühling-Notverordnung zum 31. Dezember läuft die Amtsdauer der Betriebsräte ab. In jedem Betrieb muß sofort die Organisierung der Berichterstattung der Betriebsräte vor der Gesamtbelegschaft vorgenommen und ein roter Wahlschutz gewählt werden. Dort, wo schon früher rote Listen aufgestellt wurden, werden wir das auch heute wieder tun. Wo sich z. B. bei einer stark christlich eingestellten Belegschaft Hemmungen zeigen, werden wir für Einheitslisten eintreten. Nur in Betrieben mit einer stark gewerkschaftlich organisierten Belegschaft kommen gewerkschaftliche Oppositionslisten in Frage. Immer müssen wir für die besten revolutionären Kollegen, die gewillt sind, gegen die reformistische und christliche Bürokratie zu kämpfen, als Kandidaten eintreten. Unter allen Umständen müssen diese Listen der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Gesamtbelegschaft vor der Wahl vorgelegt werden. Mit derselben Gründlichkeit müssen die Gewerkschaftswahlen vorgenommen werden.

Scharfe Kritik übte die Bezirksleitung an der ungenügenden und zum Teil falschen Behandlung der Jugendfragen durch die Partei. Die Bourgeoisie führt gegenwärtig einen scharfen Kampf um die Gewinnung der werktätigen Jugend. In den Arbeitsdienstlagern und mit Hilfe von Bettelstuppen wird die Erziehung der Jugend im Geiste des Militarismus und Faschismus betrieben.

Ohne die Kraft und den Tatendrang der Jugend wird der Kampf der Arbeiterklasse um eine Arbeiter- und Bauernrepublik erfolglos sein.

Wir brauchen die Jugend! Die Gewinnung der Jugend muß daher eine Parteifrage sein. Auch hier steht der Kampf um die Tagesforderungen der Jugend im Betrieb, an der Stembühel und vor allem in den Arbeitsdienstlagern im Vordergrund.

Mit der gründlichen Behandlung all dieser theoretischen und praktischen Fragen erbrachte schon die erste Sitzung der Bezirksleitung nach dem 17. Bezirksparteitag den Beweis, daß im Bezirk Schlefien eine Führung der Partei besteht, die mit bolschewistischer Gründlichkeit versteht, die Gesamtpartei an den entscheidendsten Kampfabschnitt zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse heranzuführen. Jetzt muß jede Einheit der Partei ihre Arbeit überprüfen, die Fehler und Schwächen ausmerzen, um so mit der ganzen Kraft vorzustoßen gegen die faschistische Diktatur, für die Diktatur des Proletariats.

An unsere Leser

Wegen technischer Schwierigkeiten konnte die letzte Romanfortsetzung für die Leser der „Arbeiter-Zeitung“ am Sonnabend nicht veröffentlicht werden. Wir bitten unsere Leser, dies zu entschuldigen.

Lohnabbau im Kampf abgewehrt

Die Direktion der Kallmayer Zwirnerei und Weberei Baden wollte einen rigorosen Lohnabbau durchführen. Die Belegschaft trat sofort Kampfmaßnahmen und führte eine Abstimmung durch, bei der sie sich mit überwältigender Mehrheit für die Abwehr dieses Lohnabbau-Ansatzes entschied. Diese entschlossene Haltung der Belegschaft war auch die Ursache, den Lohnabbau-Anschlag zurückzunehmen. Im Braunschweig wurde der Streik der Sanfter und Tawzler der Bekleidungsindustrie nach vollstem Erfolg beendet. Möglichkeiten dürfen nicht haften.

SM.-Falschmünzer verhaftet

Kassel, 27. Dezember. (Eig. Drahtber.) Am 24. Dezember wurden durch die Kriminalpolizei zwei SM.-Lente wegen Falschmünzerei festgenommen. Beide gefangen, daß sie mehr als 4000 Falschmünzen in den Verkehr gebracht haben, wobei sie stets in SM.-Uniform auftraten.

Jungwerbslose kämpfen für eure Winterhilfsforderungen

Breslau, 27. Dezember. Bericht wird uns mitgeteilt: Am 22. Dezember begab sich eine Delegation der Jungwerbslosen unter der Führung des Kampfverbundes gegen den Faschismus und dem KPD ins Rathaus. Da sie dort nicht vorgelassen wurde, ging sie in das Wohnhaus auf den Ritterplatz. Die Delegation unterbreitete dem Wohlfahrtsamt folgende Forderungen:

1. Eine einmalige Winterbeihilfe an alle Jungwerbslosen, die keine Unterstützung erhalten, von 20 Mark.
2. Für alle Jungwerbslosen, die Unterstützung erhalten, eine Beihilfe von 10 Mark.
3. Für alle Jungwerbslosen, die keine warmen Kleider oder keine Schuhe haben, dieselben kostenlos zur Verfügung zu stellen.
4. Für alle Jungwerbslosen eine erhöhte Ausgabe von Brot, Fleisch- und Kohlenmarken.
5. Eine sofortige Einstellung aller Jungwerbslosen in die Betriebe bei Zahlung der vollen Löhne.

Da der Winter mit aller Härte einzusetzen droht, ist die außerordentliche Reichleistung der Anträge nötig. Die Jungwerbslosen Breslaus. Die vorläufige Nichtabrichtung der Forderungen der Jungwerbslosen darf keineswegs ein Grund sein, im Kampf um wichtige Winterhilfsforderungen. Wir haben gerade in den letzten Tagen glänzende Beispiele bekommen, wo Erwerbslose in roter Einheitsfront erhöhte Unterstützungslöhne, Brot, Kohlen und Kartoffeln sich erkämpften. Diese Beispiele müssen für alle übrigen Erwerbslosen wegweisend sein.

Genosse Schehr frei

Ein Erfolg des Massenprotestes

Berlin, 27. Dezember. (Eig. Drahtber.) Unser Genosse Jon Schehr ist frei. Das ist ein Erfolg des Massenprotestes der Arbeiterklasse gegen die Polizeigewalt, die Schleicher durch die Verhaftung des Genossen Schehr gegen unser Bk. führte. Jetzt gilt es, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, daß alle proletarisch-politischen

Gefangenen die Freiheit erhalten. Jetzt heißt es aber auch, daß sich die Massen des werktätigen Volkes noch fester und noch geschlossen um ihre Partei, die KPD, scharen zur geschlossenen Abwehr gegen jeden Anschlag.

Jungarbeiterchaft und Betriebsrätewahl

(Fortsetzung des Leitartikels)

schaft organisiert, daß nur revolutionäre Betriebsräte und Jugendvertrauensleute die Interessenvertreter der Lehrlinge und Jungarbeiter sind.

Die Forderungen der Arbeiterjugend

Die KPD-Jugend ruft die Arbeiterjugend und Madots aus den Textilbetrieben, die Jungproleten der Metallbetriebe, die Jungkumpel der Bergwerke und Kohlengruben, die gesamte Arbeiterjugend und die Arbeiteridat auf, die Betriebsrätewahlen zu verbinden mit dem Einfluß aller Kräfte für folgende Jugendforderungen: Gegen jeden Feinling Lohnabbau! Gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Ferienraub! Für den Sechshunderttag, die Dreißigstundenwoche für alle Jugendlichen bei vollem Lohnausgleich! Gegen die Entlassung der Ausleidenden! Für ihre Weiterbildung! Für die Bezahlung der Berufsurlaubzeit durch den Unternehmer! Für das aktive und passive Wahlrecht für alle Lehrlinge und Jugendlichen zu den Betriebsrätewahlen! Für Anerkennung der anerkannten Jugendvertrauensleute! Antikämpfend an die Tagesnöte der Jungarbeiteridat gilt es, die zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen härtestens zu mobilisieren. Die Jugendlichen werden bei diesen Wahlen eine entscheidende Rolle spielen, wenn wir es verstehen, sie in die richtige Front einzubeziehen. Bei den Mobilisierungsarbeiten müssen wir folgende erreichen:

In jedem Wahlschutz gehören Jugendliche! Jedes Forderungsprogramm enthält einige Jugendforderungen! Keine Einheitsliste ohne Jugendkandidaten! Verbindung der Betriebsrätewahl mit einer breiten Kampagne zur Wahl von revolutionären Jugendvertrauensleuten! Einbeziehung aller Kräfte der Arbeiteridat für Anerkennung derselben! Unter diesen Gesichtspunkten mobilisiert die KPD das Jungproletariat zur Betriebsrätewahl. So wie die Jungarbeiter in Hunderten von Betrieben Schulter an Schulter mit ihren erwachsenen Kollegen den Streik durchführten, so werden sie auch bei den Wahlen in den Betrieben ihren Mann stehen. In diesem Sinne: Kein Jungarbeiter, keine Jungarbeiterin wählt Betriebsräte, die sich als Unternehmerratten erweisen haben. Alles eingesetzt für den Sieg der Einheitslisten! Wählt nur Jugendbetriebsräte, die gewillt sind, mit der Belegschaft gegen das Unternehmertum zu kämpfen.

Breslau, den 27. Dezember 1932.

Nachstehendes wurde von dem Genossen Bernhardt Streblen im Gefängnis in Brieg entworfen.

Sieben Gitterstäbe . . .

Sieben Gitterstäbe zählt mein kleines Fenster - Und jeder Stab hat seine eigene Sprache; Des Nachts, da zaubern sie Gespenster, Das Licht verdrängen sie am Tage.

So will es eine „gottgewollte Ordnung“. Dem Tiere gleich ist hier der Mensch gestellt. Doch jeder Stab mein Inneres erbebt.

Der erste sagt: Dein Opfer gilt der Freiheit deiner Klasse! Der zweite spricht: Dein Opfer zeugt Rache! Und drauf der dritte: Nur großes wird an jener Stelle sprechen, Wo viele, viele Opfer stieben! Der vierte sagt: Nur eine kleine Weile und die Freiheit winkt! Drauf spricht der fünfte: Unser Werk gelingt! Der sechste barock: Tod allen unseren Feinden! Die uns geteufelt im Großen und im Kleinen! Und drauf der siebente: Die Ketten, die du trägst. Wird unser Feind einst tragen. Die Wunden, die er schlägt, Versteh'n auch wir zu schlagen. Halt aus! Halt aus! Prolet! Bald bricht das Perfortor. Geballt die Faust zum Gruß, „Rot Front!“ hallt's dann im Chor!

SWP.-Führung im DFB. in Einheitsfront mit Leichen-Pfeil

Breslau. Daß auch die SWP. nicht nur in den Gewerkschaften, wo sie ihre Funktionen besetzt hat, sondern auch in den anderen Organisationen, wo sie Funktionen einnimmt, in einer Einheitsfront mit der verräterischen SPD.-Bürokratie zusammengeht, das zeigt sich von Tag zu Tag immer deutlicher. Im Freidenkerverband, wo die SWP. nennenswerten Einfluß im Funktionärkörper hat, kommt das sehr deutlich zum Ausdruck. Vor den Mitgliedern des Freidenkerverbandes und insbesondere vor den SWP.-Genossen werfen wir hier die Frage auf:

Was tut die jetzige SWP.-Führung im DFB?

Daß auch die SWP.-Führung den Kurs des Kapitalismus einschlägt und in trauer Gemeinschaft mit den SPD.-Leuten sich gegen alles wendet, was von oppositioneller Seite kommt, davon wollen wir nachfolgend den Mitgliedern den Beweis liefern. In der Versammlung, über welche wir in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. November berichteten und welche nach acht Monaten „Ruhepause“ endlich stattfand, zeigte es sich, daß die SWP.-Führung im DFB. durch „Ruhe und Frieden“ die Organisation dem Kulturfaschismus ausliefern will. Daran wird absolut nichts geändert durch die scheinradikalsten Lippenbekenntnisse der SWP.-Führung.

Angeichts der Verbotsgefahr und der Kulturkampfaufgaben des DFB. wurde in dieser Versammlung ein Antrag der Opposition eingebracht, zum Kampfongreß aller Freidenker Schlesiens am 6. und 7. Januar 1933 in Piesnitz zwei Mitglieder aus der Versammlung als Delegierte zu wählen. Die leitenden Funktionäre der SWP. und SPD. machten aber in Einheitsfront mit Leichen-Pfeil und verhinderten eine Abstimmung über diesen ordnungsgemäß gestellten Antrag.

DFB-Mitglieder! Entschacht einen Sturm gegen diese Führung, wenn ihr nicht noch weiter enttäuscht werden wollt. Nehmt sofort in den nächsten Mitgliederversammlungen zu diesen Fragen Stellung und entsendet nun erst recht Delegierte zum Kampfongreß aller Freidenker nach Piesnitz.

Organisiert den Kampf an der Kulturfrent

Gegen den Kulturfaschismus! Gegen alle Feinde und Lakaien an der Kulturfrent! Für den freien Atheismus!

Reichsbannerarbeiter am Breslauer Wohlfahrtsamt viehisch mißhandelt

Mit zerrissenen Kleidern von den Beamten auf der Erde langgeschleift

Breslau. Zu welcher viehischen Taten die Wohlfahrtsbeamten der Breslauer „Fürsorge“ fähig sind, davon liefert nachfolgender Vorfall den deutlichsten Beweis, welcher uns von einem Reichsbannerkameraden mitgeteilt wird.

Der Wohlfahrtsarbeiterwerklose St., Mitglied des Reichsbanners, ging zum Wohlfahrtsamt Ritterplatz, um sich dort den Arbeitslohn für geleistete Notstandsarbeit abzuholen.

Da nun aber der diensttunende Beamte behauptete, Stadtrat Daumann sei nicht anwesend, ging dieser Arbeiter ins Rathaus, Zimmer 48. Dort wurde ihm die Auskunft erteilt, sofort zurück zum Ritterplatz zu gehen, da Stadtrat Daumann im Büro sei.

Als nun dieser Arbeiter abgeht nach Zimmer 18 kam, wurde er mit folgenden Worten empfangen:

„Worum sind Sie nicht gleich bei der Reichsregierung in Berlin gewesen?“

Auf diese freche Provokation erwiderte der bis aufs äußerste gereizte Arbeiter:

„Das geht Sie auch einen Dreck an!“

Nun ereignete sich folgendes: Ohne irgendwelche Bemerkungen saßen die in diesem Zimmer anwesenden Beamten den Arbeiter und schrien:

„Aus mit dem Kerl!“ Und schon schlug ihn ein Beamter mit der Faust ins Gesicht!

Daraufhin wurde er zu Boden geworfen und fächerlich zugerichtet. An dieser bestialischen Tat beteiligte sich der Beamte Albert Brei-lopff, Berliner Straße 26, und ein unbekannter Beamter aus der Abteilung des Obermagistratsrats Dr. Brier.

Mit schweren Beleidigungen und zerrissenen Kleidern wurde dieser Arbeiter herausgeworfen.

Dieses ist der Tatbestand, welcher uns von diesem Reichsbannerkameraden mitgeteilt wurde.

An diesem Fall kommt ebenfalls wieder deutlich zum Ausdruck, welche Rolle in dieser Frage die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie spielt. Kein anderer als der ADGB-Vorsitzende Ruffert war es, der in der letzten Versammlung der Nahrungsgewerkschaft erklärte, die Erwerbslosen sollten nur bitten, dann würden die Beamten auch ihren Wünschen nachkommen.

SPD.-Totengräber der Konsumvereine

Breslau. Da wir uns in letzter Zeit schon in mehreren Artikeln mit der verräterischen Rolle, welche die SPD.-Bürokratie im Breslauer Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ spielt, und wie durch diese Mißwirtschaft insbesondere die Mitgliedschaft wiederum der Leidtragende ist, wollen wir uns nun nachträglich damit beschäftigen und aufzeigen, daß dieser Konsumfanal im ganzen Reich immer breitere Formen annimmt, um den Mitgliedern den Beweis zu liefern, wie diese sozialdemokratische Konsumbürokratie Genossenschaftspolitik betreibt.

Wieder ein reformistischer Konsumverein zusammengebrochen

In diesen Tagen hat der unter sozialdemokratischer Führung stehende Konsumverein in Baugen seine Zahlungen eingestellt. Die zusammengebrochene Konsumgenossenschaft umfaßt rund 6500 Mitglieder und unterhält 40 Abgabestellen. Die ZahlungsEinstellung erfolgte wegen völliger Liquidität und erheblicher geschäftlicher Verluste. Es soll versucht werden, ein Vergleichsverfahren durchzuführen. Die Kette der Zusammenbrüche sozialdemokratisch geleiteter Konsumvereine reißt nicht mehr ab. Im Laufe dieses Jahres mußten folgende reformistische Konsumvereine ihre Schalter schließen:

Neustrelitz, Soest, Halberstadt, Breslau, Göttingen und jetzt Baugen.

Es sind dies sämtlich große und mittlere Konsumvereine, die dem reformistischen Zentralverband angeschlossen waren. Daneben sind noch eine größere Anzahl kleiner Genossenschaften des F. d. R. zusammengebrochen. Auch im christlichen und bürgerlichen Genossenschaftsverband sind eine ganze Reihe großer Pleiten eingetreten. Der Beamten-Wirtschaftsverein Berlin mit 120 000 Mitgliedern, der Beamten-Konsumverein Essen und der Wirtschaftsverein München, alles Konsumvereine mit mehr als 10 000 Mitgliedern, haben im letzten Jahre ihre Zahlungen eingestellt.

Darüber hinaus aber steht der größte Teil der großen und mittleren Konsumvereine unter reformistischer Leitung am Rande des Abgrundes. Nur durch Millionenkredite des Reiches und der Länder konnten bisher weitere Zusammenbrüche vermieden werden. Aber eine Reihe reformistischer Konsumvereine mußten trotz dieser Millionenkredite des Reiches dazu übergehen, ihre geschäftlichen Verluste durch Abschreibung der angesammelten Reserven und durch Enteignung der Geschäftsanteile der Mitglieder zu decken. So hat die Konsumgenossenschaft Berlin, die im abgelaufenen Geschäftsjahr über 6 Millionen Mark Verlust zu verzeichnen hatte, neben den gesamten Reserven von Geschäftsanteil jedes Mitgliedes 30 Mark (im ganzen über 4 Millionen) zur Tilgung des Verlustes abgeschrieben. Noch ungeheurer sind die Enteignungsmaßnahmen im Konsumverein Bitterfeld. Dort wurden den Mitgliedern von ihrem Geschäftsanteil

in Höhe von 50 Mark nicht weniger als 48 Mark zur Verlustdeckung entlehnt. Im Konsumverein Lübeck wurden zum gleichen Zwecke 10 Mark vom Geschäftsanteil je Mitglied abgeschrieben.

Kleingehälter - Abbau der Löhne

In fast allen Konsumvereinen wurde durch Verringerung der Sparordnung die Abhebung von Spareinlagen außerordentlich erschwert, teilweise sogar völlig unterbunden. Nicht einmal die erwerbslosen Mitglieder, die sich ein paar Groschen vom Grunde abgeholt haben, konnten trotz größter Not jetzt ihr Geld zurückbekommen. Die früher als Paradebeispiel reformistischer Genossenschaftspolitik in den Vordergrund gestellte sogenannte Rückvergütung ist fast überall erheblich abgebaut oder - wie in Berlin - völlig beseitigt worden. Den Ar-

Verstärkt die Sammlung für die streikenden Bauarbeiter!

Der Erwerbslosenauschuß Breslau-Tschansch sammelte innerhalb weniger Stunden für die streikenden Bauarbeiter 12.50 RM. Besonders aktiv an der Sammlung beteiligten sich zwei Jugendgenossen aus Breslau-Tschansch.

Dieses Beispiel sollte sich jeder Genosse als Vorbild nehmen und sich aktiv an der Sammelkampagne für die streikenden Bauarbeiter beteiligen.

Es lebe die Solidarität der Werktätigen!

Solidaritätsauschuß der streikenden Bauarbeiter.

belehren und unteren Angestellten wurden Löhne und Gehälter bis zu 50 Prozent gekürzt, die obere Bürokratie aber steht nach wie vor Mammutgehälter von etwa 1000 Mark monatlich in die Tasche.

Die Folgen dieser kapitalistischen Bankrottspolitik sollen jetzt die Millionen Mitglieder durch Verlust ihrer Geschäftsanteile, durch Abschreibung ihrer Spargelder und - im Falle des Konkurses - durch Heranziehung mit der Kasssumme bezahlen. Die Tausende von Arbeitern und Angestellten sollen ebenfalls durch rigorosen Lohn- und Gehaltsabbau, durch Beseitigung aller sozialen Errungenschaften und schließlich durch Arbeitslosigkeit die Opfer der reformistischen Totengräber-Politik werden.

Wie hat die sozialfaschistische Genossenschaftsbürokratie und mit ihr die gesamte SPD.-Presse eine infame Hege entfaltet, als die unter revolutionärer Führung stehenden roten Konsumvereine in Halle und Merseburg den verbrecherischen Vernichtungsfeldzug der Hamburger Bürokratie, für den Hunderttausende verschleudert wurden, zum Opfer gefallen sind. Jetzt, wo der Pleitegeier über allen reformistisch geführten Konsumvereinen kreist, wo immer mehr SPD.-Konsumvereine zusammenbrechen, ist es von Halle und Merseburg merkwürdig still geworden.

Die revolutionäre Genossenschaftsopposition hat seit Jahren auf diese Entwicklung in den reformistisch geleiteten Konsumvereinen hingewiesen. Die Bürokratie ist ideologisch und geschäftlich völlig bankrott, weil sie die proletarischen genossenschaftlichen Massenorganisationen zu kapitalistischer Krämerei gemacht und völlig der Diktatur des Trust- und Finanzkapitals eingegliedert und unterworfen hat. Wie recht die revolutionäre Genossenschaftsopposition hatte, als sie die reformistische Bürokratie als den Totengräber der Konsumvereine bezeichnete, beweist die oben gekennzeichnete Entwicklung.

Der Millionenmassen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder hat sich eine ungeheure Empörung bemächtigt. Es wäre aber falsch, wenn die mit Recht empörten Mitglieder nun der Genossenschaft den Rücken kehren würden. Es muß vielmehr ihre Aufgabe sein, unter der Führung der revolutionären Genossenschaftsopposition die Fortsetzung der kapitalistischen Bankrottspolitik der reformistischen Bürokratie durch breiten Massendruck zu verhindern und die Verantwortlichen für diese Verbrechen an der Genossenschaftsbewegung zum Teufel zu jagen.

570 Amnestierte in Schlesien

Die II. meißel: Nach dem Stände von Freitagmorgen sind aus den schlesischen Strafankalten bisher 570 Gefangene entlassen worden. Die Entlassung von weiteren 80 Gefangenen steht bevor. Insgesamt stellen diese Entlassungen etwa 14 Prozent der Belegschaft der schlesischen Strafankalten dar. Unter den Entlassenen befinden sich u. a. 7 Frauen aus der Anstalt in Jauer und 13 Festungsgefangene aus Groß-Strehlitz.

Wenig Bekanntes aus Schlesiens Revolutionsgeschichte

Dieser Vortragsabend wird in der Margistichen Arbeiterhütte am Dienstag, dem 27. Dezember, 20.25 Uhr, wiederholt. Es werden behandelt: Die Kustände von 1793 und 1848, die Breslauer Presse zur Kommune, Rosa Luxemburg in Kleitschau usw. Unkostenbeitrag 15 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Lokal: Wallstraße 21 III. Mittwoch: Fortsetzung des Aufstandsurteils. - Donnerstag: Fortsetzung des Delonieturteils.

Breslauer Stadttheater

Dienstag, 27. Dezember, 19.30 Uhr, „Tannhäuser“. Mittwoch, 28. Dezember, 19 Uhr, „Der Rosenkavalier“. Donnerstag, 29. Dezember, 20 Uhr, Erstaufführung der Operette von Komjate „Lango um Mitternacht“. Freitag, 30. Dezember, 20 Uhr, „Lango um Mitternacht“. Sonnabend, 31. Dezember, 19 Uhr, „Die Fledermaus“. Sonntag, 1. Januar 1933, 18 Uhr, „Die Meisterfinger von Nürnberg“.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Walter Sucha, Breslau. - Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. - Für Illustrationen: Albert Calla m. Breslau. - Verlag u. Druck: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Traubitzer Straße 58.

Geschäftliches

Mag es uns noch so hart ergehen. Ein anfeuernder, stets hilfsbereiter Kamerad in dieser Zeit des Hoffens und Bangens ist die Haus-Bergmann-Zigarette. Die Zigaretten der Zigaretten! So nennt der Volksmund diese Marken deutscher Wertarbeit: - Orienta Stern - Bergmann-Platte - Silberhof - Bergmann-Privat! Jede Preislage eine meisterliche Leistung der Menschheit! Auch die Sammler von Wertmarken, Bildern und Stidereien wurden reichlich bedacht. Ueberraschung über Ueberraschung!

Praktiziers jetzt Platanstr. 41 Dr. med. Peter Pogorzala Telefon Nr. 411 42

Wandleitbau Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21 Beleuchtung v. Anzeigen, Bänke und Schmuckstücken



Die werktätige Frau

Geuß dem Schwestergan in Maskau

Brief einer Arbeiterin des Betriebes Lorenz, Berlin-Tempelhof, an die Moskauer „Rabotniza“ anlässlich ihres zehnjährigen Jubiläums

Zum zehnjährigen Geburtstag der Frauenzeitung der russischen Arbeiterinnen, der „Rabotniza“, wollen auch wir als Betriebsarbeiterinnen gratulieren.

Ihr, Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen der Sowjetunion, habt mitgeholfen die Freiheit zu erkämpfen.

Die Väter von euch werden noch wissen, wie in der Zarenzeit die Arbeiterbewegung und ihre Presse unterdrückt war.

Hier in Deutschland lernt zwar fast jedes Kind in der Schule lesen, die Kapitalisten brauchen bisher geübte Sklaven für ihre Maschinen, wenn aber die Arbeiterzeitungen die Wahrheit über die Lage der Arbeiterschaft schreiben, wenn sie den Arbeitern den Ausweg zeigen, dann gefährden sie den Staat, dann werden sie verboten.

In der deutschen Republik dürfen die Arbeiterzeitungen nur die verfluchte Sklavensprache sprechen. Aber trotzdem sagen unsere Zeitungen das, was zu sagen ist.

Die Arbeitsverhältnisse werden bei uns von Tag zu Tag schlechter. In unserem Betrieb, Lorenz, Berlin-Tempelhof, werden Radioapparate hergestellt. Die „Saison“ dauerte früher etwa drei Viertel Jahre, heute jedoch nur noch zehn bis zwölf Wochen. Zu Beginn dieser Saison, gleich nach der Kunstausstellung im September, stellte die Firma 800 neue Arbeitskräfte ein, noch vor Weihnachten wurden diese alle wieder entlassen.

Das Arbeitstempo wird ständig gesteigert, der Lohn wird immer geringer. 1930 verdienten wir noch durchschnittlich 36 Mark brutto. Jetzt betrug der „Verdienst“ nur

nach 28 Mark und die Abzüge sind natürlich in den zwei Jahren sehr viel größer geworden.

Uns werden folgende Abzüge gemacht:

- 1,94 Mark Krankentassenbeiträge
- 0,75 Mark Invalidenversicherung
- 0,40 Mark Lohnsteuer
- 0,42 Mark Arbeitslosenhilfe (Beschäftigtensteuer)

und alle vier Wochen werden uns 1,12 Mark außerdem für die Bürgersteuer abgezogen. Die Hälfte der lebigen Arbeiterinnen sind schon heute nicht mehr in der Lage, sich warmes Mittagessen kaufen zu können. Sie laufen ein- bis eineinhalb Stunden zur Arbeit, um das Fahrgehalt zu sparen. Durch das Sekttempo und mangelnder und fehlender Schutzvorrichtungen passieren viele Unfälle. An einer laufenden kleinen Spindel riß sich eine Kollegin ein Stück Kopfhaut, so groß wie ein Handteller aus dem Kopf, eine andere verbrühte sich mit Leim die Füße, erst dann wurden kleine Veränderungen am Wandertisch vorgenommen, die aber zur Unfallverhütung schon wochenlang vorher gefordert waren.

Selber ist unser Einfluß auf die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen noch sehr schwach, wir müssen hier wirklich nachholen, was bisher von uns verläumt worden ist. Die Kolleginnen, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind, müssen von uns überzeugt werden, daß sie sich der Opposition anschließen müssen. Die KGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) und der EWG werden die Kämpfe der Metallarbeiterinnen in den Betrieben führen, die freigewerkschaftlichen Verbände haben sich zu Streikbruchorganisationen entwickelt. Das müssen wir den Kolleginnen in den Betrieben zeigen.

Unsere Frauenzeitungen, „Die Arbeiterin“ und die „Kämpferin“, helfen den Arbeiterinnen beim Kampf in den Betrieben. Wenn sie die Mißstände in den Betrieben zur Sprache bringen, hat schon manch ein Unternehmer Schutzvorrichtungen und Ventilatoren angeschafft. Die Kolleginnen lieben die „Arbeiterin“, sie geht ihnen als Führerin voran.

Die Leiterinnen der „Arbeiterin“ und der „Kämpferin“, die Klassenbewußten Kolleginnen im Betrieb begrüßen die „Rabotniza“. Elend ist die Lage der Metallarbeiterinnen in Berlin, schade ist der Kampf der Arbeiterschaft in den Betrieben.

Doch wir werden es schaffen!
Trotz Terror und Unterdrückung
Trotz Verrat der Reformisten
Trotz Faschismus
Vorwärts zum Sieg!

Eine Arbeiterin des Betriebes Lorenz-Tempelhof.

Das ist kapitalistische Wirtschaft:

14000 Milchkühe werden Schweinefutter

Durch die deutsche Grenzsperr mit Zöllen und Kontingenten ist die Ausfuhr von Vieh und Butter nach Deutschland so herabgedrückt, daß zehntausende Stück Vieh überschüssig dastehen. Das Vieh wird vernichtet, weil man auf keinen Fall die Preise senken will. Im „Berliner Tageblatt“ vom 21. November steht in der Meldung darüber folgender ungeheurer Satz:

„Bereits innerhalb sechs Wochen sollen u. a. 14000 Stück Milchkühe im Destruktor lediglich zu Blut- und Tiermehl verarbeitet werden, zur Bereitung von Schweinekraftfutter usw.“

Um Milch und Butter nicht billiger werden zu lassen, macht man 14000 Milchkühe einfach zu Schweinefutter! So überschlägt sich der Vernichtungswahn der kapitalistischen Profitwirtschaft!

Inzwischen sorgen SPD- und Naziregierungen in den verschiedenen deutschen Vaterländern auf ihre Art für weitere wucherische Steigerung der Fleischpreise. Es war eine der letzten Taten der Braun-Severing-Regierung, daß sie für Preußen die Schlachttaxe verordnete und damit 100 Millionen Mark Steuern aus höheren Fleischpreisen herausholte. In den letzten Tagen haben nun nacheinander die Naziregierungen in Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt ebenfalls die Schlachttaxe eingeführt. Damit steigen überall die Fleischpreise durchschnittlich um 5 Pfennig das Pfund. Das bedeutet noch geringeren Fleischumsatz und neuen Ueberfluß auf dem Viehmarkt. Eine Verleumdungsmaschine treibt die andere. Das nennt man nationale Rettung.

Wir entnehmen diese für alle Arbeiterfrauen aufschlußreichen Aufzeichnungen der soeben erschienenen Broschüre: „Öffnet die Speicher und Halden!“ Jede Arbeiterin muß diese wichtige Broschüre lesen und vertreiben!

Winterhilfe: 1.80 Mark

Ich wurde von einem Glückstauel erfaßt.

Man steht also doch in der schweren Zeit nicht einsam und verlassen da. Hunger und Frost sind hereingebrochen. Not im Hause. Man kann den Kindern keine Nahrung geben man wird vom Gefühl erfaßt, daß keine Rettung mehr vorhanden ist, daß man elend zugrunde gehen muß.

Nun kommt die frohe Botschaft. Die Winterhilfe ist da. Mir steht die Welt offen. Ich brauche mir keinen Wunsch mehr zu verlagern. Ich hatte das Glück — ich bin noch jetzt im Besitze dieses Glückes — Bürger eines sozialen Staates zu sein. An der Spitze dieses Staates befindet sich eine soziale Regierung. Eine Regierung, die meine Not versteht und nach dem Grundsatz handelt: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“

Mir ist die Winterhilfe zuteil geworden. 1,80 Mark. Will man die Größe dieser Summe erfassen, so muß man bedenken, daß sie aus 180 Pfennigen besteht.

Nun eile ich durch die Straßen der Stadt, um all die Möglichkeiten, die mir als dem Besitzer von 1,80 Mark zur Verfügung stehen, auszunutzen.

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Was soll ich zuerst kaufen? Im Hause ist keine Kohle. Seit Wochen haben wir kein Fleisch gegessen. Keines meiner drei Kinder besitzt ein Paar Schuhe. Beim älteren Kindchen sind die Höschen ausgewechselt.

Ich bleibe vor dem ersten Schaufenster stehen. Ein Paar Kinderstühle sind hier für vier Mark zu haben. Ein Glück, daß ich nur 1,80 Mark habe, sonst würden sich die anderen Kinder benachteiligt fühlen. Ein paar Höschen kosten 3 Mark. Hätte ich die 3 Mark, würden sich die anderen zwei Kinder benachteiligt fühlen.

Soll ich meiner Frau ein Paar Schuhe kaufen? Die sind schon für 6 Mark zu haben.

Nach zweifelhafter Wanderung durch die Stadt kehre ich so reich wie zuvor, mit 180 Pfennig in der Tasche, nach Hause zurück.

Das bedeutet wahre soziale Hilfe. Keiner im Hause fühlt sich benachteiligt, kein Kind auf Kosten des anderen bevorzugt und der soziale Ausgleich ist da. Alle sind wir gleich daran, alle freuen wir uns, daß wir in einem sozialen Staat leben, der uns ausgiebige Winterhilfe zuteil werden läßt; wir besitzen noch immer 1,80 Mark, die uns für den Monat als Winterhilfe zuguteile worden sind.

Kinderbriefe 1932

(Gesammelt von einer Fortnerin)

„Ich komme wieder in die Ferienkolonie. Da kann ich alle Tage essen, soviel ich will. Und nie ohne Abendbrot schlafen gehen. Und morgens immer ein Frühstück. Da muß man nicht den ganzen Tag warten, bis die Mutter abends Geld bringt für den Kaufmann, denn wir kriegen nur noch, wenn wir bezahlen.“
(Mädchen, 9 Jahre.)

„Ich bitte die Mutter schon immer, sie soll mit mir zum Doktor gehen. Ich kann ja oft gar nicht mehr sehen vor Kopfschmerz. Aber die Mutter sagt, der Doktor kann dir auch nicht helfen.“
(Mädchen, 12 Jahre.)

„Der Rudi, der geht in die Versuchsschule. Der hat es gut. Der darf lernen und wird was Ordentliches werden. Aber ich muß immer arbeiten zu Hause und bleibe sitzen. Und wer nimmt einen in die Lehre, wenn man nichts gelernt hat? Es gibt so viele, die es besser können, die gefallen dem Meister besser.“
(Junge, 11 Jahre.)

„Wie ich jetzt krank war und im Bett lag, hat mir die Lehrerin ein Bilderbuch gebracht mit schönen Geschichten. Und ich hab's lesen wollen. Aber bei uns ist es so finster, daß ich den ganzen Tag nichts gesehen habe. Erst wie ich wieder gesund war und auf den Gang gegangen bin, hab ich lesen können. Ich habe gehult, wie die Mutter gekommen ist. Die Mutter aber hat gesagt, wenn sie Geld hat, wird sie Petroleum für die Lampe kaufen. Aber sie hat kein Geld gehabt. Das ist nur wegen dem Loch, in dem wir wohnen.“
(Junge, 9 Jahre.)

„Mein Dienstherr hat mich gefragt, was ich denn haben möchte. Und ich hab gesagt, wenn ich bitten darf, einen Mantel; denn mein alter Mantel ist ein Fetzen. Und ich bin den ganzen Winter ohne Mantel liefen gegangen. Aber oft war mir kalt. Ich hab dann schon gedacht, ich werde krank vor Kälte und muß sterben.“
(Junge, 15 Jahre.)

Jahrhundert des Kindes? Diese kurzen Aufzeichnungen reden andere Tatsachen. Nur in einem Land, das sich von seinen Unterdrückten befreit hat, ist für alle Arbeiterkinder für eine sonnige, glückliche Jugend und arbeitsreiche Zukunft gesorgt! Seht nach der Sowjetunion und ihr habt hier den Beweis für die Fürsorge des Kindes seitens des Staates! Hier habt ihr ausreichenden Schutz für Mutter und Kind! Helft alle mit, uns ein solches Deutschland zu schaffen!

ECKE



für proletarische Kinder!

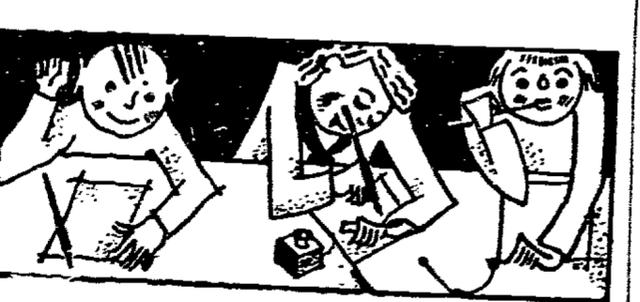
Schreib uns einen Brief!

Jetzt ist Weihnachten, das „Fest der Liebe“. Seit Wochen sprach der Lehrer schon viel von Liebe und Frieden, vom gegenseitigen Helfen. Allen Menschen soll es wohlgehen und alle sollen gleich sein.

Wie ist das nun eigentlich gekommen?

Das Weihnachtsfest ist vorbei. Jetzt kann man ja richtig sehen, ob alle Menschen gleich sind und ob sie sich gegenseitig helfen haben.

Was meinst du dazu? Schreib uns einen Brief auf unsere Frage:



Wie hast du Weihnachten verlebt?

Wir wollen alles wissen. Ist dein neuer Mantel, den du Weihnachten bekommen hast, schön warm? Sind die Geschenke schön? Hat der Gänsebraten gut geschmeckt? Ist Mutter der Kuchen gut geraten?

Was sagst du? Wir wollen dich verkohlen?! Ihr habt nicht einmal eine warme Stube gehabt?

Also, los! Schreibe uns!

Wie hast du Weihnachten verlebt?

Wir haben 10 Bücher, die wir den 10 besten Briefschreibern schenken zum Lohn. Es sind 10 richtige, dicke Bücher. Du mußt nur auf deinen Brief (nicht auf den Umschlag) deinen Namen, Adresse und Alter schreiben. Unsere Adresse, wohin du den Brief schicken mußt, ist: An die Kinderecke „Die Rote Fahne“, Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28.

Also ran!

Es gibt 10 Bücher zu gewinnen!

telegramme

- selm im ruhrgebiet stop hier stehen 400 kinder im schulstreik weil ihre schule nicht geheizt wird stop
- werne im ruhrgebiet stop hier stehen 350 kinder im schulstreik stop
- rünthe im ruhrgebiet stop hier stehen 150 kinder im schulstreik stop
- brückdorf bei halle-merseburg stop hier war 2 tage lang schulstreik stop forderungen sind bewilligt worden stop
- frankleben bei halle-merseburg stop schulstreik siegreich beendet stop
- wegmar in thüringen stop schulstreik siegreich beendet stop
- lurup bei hamburg stop wegen der schlechten und langen wege zur schule traten die kinder in den streik stop polizei verhaftete mehrere eltern stop streikfront unerschüttert stop kämpfen bis zum sieg stop
- bretzenheim in hessen stop grosser schulstreik stop

Vergiß nicht den Brief zu schreiben!



Waldenburg

Heraus mit allen politischen Gefangenen!

Waldenburg. Die heute, am 17. Dezember, stattfindende Mitgliederversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus, Ortsgruppe Waldenburg i. Schl., erhebt schärfsten Protest gegen die unerbittlichen Urteile des Waldenburger Sondergerichts gegen Antifaschisten und fordert sofortige Freilassung des Arbeiters Seidel aus Weißstein, der zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wir erheben anfänglich der unzulänglichen Anarchie unsere Stimme zum Protest und fordern: **Heraus mit allen politischen Gefangenen!**

Dittersbach. Die heute tagende Mitgliederversammlung der Roten Hilfe protestiert aufs Schärfste gegen das Terrorurteil gegen den Maurer Hermann Seidel, der zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wir fordern seine sofortige Freilassung und Aufhebung des Urteils.

Wir geloben ferner, alle unsere Kräfte einzusetzen, um dem Wüten der Klassenjustiz ein Ende zu bereiten.

Dittersbach. Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Reichs- und Gemeinbewohnungen Dittersbach protestiert einstimmig aufs Schärfste gegen das Terrorurteil gegen den Maurer Hermann Seidel aus Weißstein, der zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Wir fordern seine sofortige Freilassung und Aufhebung des Urteils.

Lehrlingschinderei bei der Firma Nowotnid & Frunt

Altwasser. Das Baugeschäft Nowotnid u. Frunt beschäftigt zwölf Lehrlinge, mit denen fast die ganzen Bauarbeiten ausgeführt werden. Aber die Lehrlinge werden für ihren elenden Lohn nicht zu den Maurerarbeiten verwendet, sondern sie müssen auch die Arbeit der Hilfsarbeiter verrichten. So müssen erst vor kurzem die Lehrlinge Beton schleppen.

Die Lehrlinge, die bei den Hilfsarbeiten natürlich nichts lernen können, werden nach beendeter „Lehrzeit“ rücksichtslos auf die Straße geworfen.

Die Lehrlinge müssen durch ihr geschlossenes Auftreten den Unternehmer zwingen, sie nur mit solchen Arbeiten zu beschäftigen, die ihrer beruflichen Fortbildung dienlich sind und ihnen für Gefellenarbeit auch Gefellenlohn zu zahlen.

Die Ausbeutung der Lehrlinge genügt aber noch nicht. Auf dem Laxenberge wurde ein Neubau ausgeführt. Zum Mauern wurde minderwertiger Sand verwendet, beim Mörteln der Kellertappen und beim Stellen der Mauerwände wurde nicht, wie vorgeschrieben, Sandeisen eingelegt, sondern nur 1,5 bis 2 Millimeter starker Binddraht.

Die Mieter, die nun für den Extraverdienst der Firma Nowotnid u. Frunt aufkommen sollen, indem sie in einem mangelhaft gebauten Hause wohnen sollen, müssen sich zusammenschließen und gemeinschaftlich mit der gesamten werttätigen Bevölkerung den Kampf für ausreichende, helle, gesunde Wohnungen — für Senkung der Mieten organisieren.

Die Geduld geht zu Ende

Gemeindevorsteher von Weißstein macht den Erwerbslosen Zugeständnisse

Weißstein. Während der Stempelkontrolle am Mittwoch vergangener Woche machte sich unter den Erwerbslosen der Wille bemerkbar, endlich Schritte zu unternehmen, um eine Winterhilfe zu erreichen. Ultimativ wurde der Erwerbslosenausschuß beauftragt, mit dem Gemeindevorsteher Verhandlungen aufzunehmen. Etwa dreihundert Erwerbslose sammelten sich im Amtsgebäude, um auf das Ergebnis zu warten.

Es wurde zugesagt, zu den bereits unentgeltlich gelieferten dreihundert Zentner Kartoffeln weitere neunhundert Zentner unentgeltlich abzugeben; Belieferung mit Brennmaterial, je ein Zentner Kohle und ein Zentner Schlamm zum Gesamtpreis von 58 Pfennig, außerdem verbilligte Fleischlieferung über den Preis der Reichswinterhilfe.

Der Erwerbslosenausschuß ließ keinen Zweifel darüber, daß das Ergebnis ungenügend sei. Weil der SPD-Polizeipräsident päpstlicher ist als der Papst, gestattete er das Stattfinden einer Erwerbslosenversammlung nicht, so daß die versammelten Erwerbslosen im Amtsgebäude den Bericht entgegennahmen.

Am Donnerstag früh verhandelte der Erwerbslosenausschuß noch einmal mit dem kommissarischen Gemeindevorsteher Dr. Vohnenkamp und forderte für jeden Unterstützungsempfänger eine Sonderhilfe von fünf Mark.

Erwerbslose, besteht weiter auf euren gerechten Forderungen und laßt euch nicht auf die bürgerliche „Winterhilfe“ verdrängen.

Tintenkuhl der „Bergwacht“ bei der Arbeit

Polsnik. In der „Bergwacht“ vom 11. Dezember hat sich wieder einmal der bekannte Tintenkuhl eine Frechheit erlaubt, die sich die Erwerbslosen von Polsnik wohl merken werden. Der Tintenkuhl schreibt in seinem Artikel: „Erwerbslose sind gut genug, um das Parteiprogramm der SPD. loyale zu helfen.“ Wir wollen sofort auf die Unverschämtheit antworten. Hat sich die SPD. von Polsnik schon einmal um die Erwerbslosen gekümmert? Als die Gemeinde nur 80% der Unterstützung auszahlten wollte, haben sich die Erwerbslosen unter Führung ihres gewählten Ausschusses die hundertprozentige Auszahlung erkämpft. Nur einige SPD.-Leute hatten sich die 80prozentige Unterstützung ausbezahlen lassen. Als diese erfuhren, daß die Erwerbslosen die volle Auszahlung ihrer Unterstützung erkämpft hatten, ließen auch sie sich die restlichen 20 Prozent auszahlen.

Die „Bergwacht“ schreibt weiter davon, daß eine Abordnung der Erwerbslosen beim Gemeindevorsteher vorstellig wurde, um schleunige Berechtigung von Kohle und Mehl aus der Winterhilfe zu fordern. Tatsache ist, daß diese Vertreter sich bei dem Amtsvorsteher erkundigten, ob es nicht möglich ist, mit den Mühlbesitzern in Verbindung zu treten, um sofort das gesamte Mehl zu erhalten, damit es noch vor Weihnachten an die Erwerbslosen ausgegeben werden kann. Wir sehen also auch hier, daß der „Bergwacht“-Berichtshäter mit Lügen verfährt, gegen die Kommunisten zu hetzen. Nicht anders steht es mit dem Bericht über die Veranstaltung der freien Schulbewegung in Polsnik. Es heißt da, daß Herr SPD.-Freige anders als der richtige bürgerliche Gemeindevorsteher Mäntzel gegenüber der freien Schulbewegung verhalten hätte. Wir erinnern hier die Arbeiter an alle die Taten, die Herr Freige vollbrachte, und die nicht im Interesse der Arbeiter lagen. Genau so steht es mit dem SPD.-Gemeindevorsteher von Polsnik. Es ist ein großer Schwindler der „Bergwacht“, wenn behauptet wird, daß die Kommunisten nur dort für die Forderungen der Erwerbslosen kämpfen, wo sozialdemokratische Gemeindevorsteher sind. Die erfolgreichen Einheitsaktionen der Erwerbslosen in vielen schlesischen Gemeinden, an deren Spitze immer die Kommunisten standen, widerlegen den ganzen Uninn der „Bergwacht“, daß die Kommunisten nur „das Arbeiterlohnendeckel für ihre Partei auszunutzen“ wollen. Diese Kommunistenheute ist zu dumme, als daß die Erwerbslosen noch darauf hereinfallen würden.

Landeshuter Jungerwerbslose in der Einheitsfrontaktion

Unter Führung des KJVD. erkämpfen kommunistische, parteilose und nationalsozialistische Jungarbeiter Schuhe und Essen — Vorwärts im Kampf um Sonderunterstützungen!

Landeshut. Auch bei uns in Landeshut wird ein Marsch für Jungerwerbslose durchgeführt. Die Teilnehmer setzen sich aus ungefähr 60 Prozent Anhängern der Nationalsozialisten, 30 Prozent Kommunisten und 10 Prozent parteilosen Jungarbeitern zusammen.

Bereits am zweiten Anmarschtag stellten sämtliche Teilnehmer gemeinsam einen Antrag auf Lieferung von Schuhen. Obwohl die Behörde versuchte, die Jugendlichen durch lange Verhandlungen müde zu machen und von ihrer Forderung abzubringen, erreichten die Jugendlichen nicht nur ihr Ziel, sondern darüber hinaus, daß sie vor nun an Frühstund und Mittagessen geliefert erhalten.

Sie hatten klar und deutlich belundet, daß sie nicht nur bereit sind, ihre Unterstützung unter einem Antrag zu sehen, sondern, daß sie auch gewillt sind, die Erfüllung ihrer Forderungen mit der Waffe des Streits zu erzwingen.

Der geschlossene Wille zum Streit hat die Behörde zum Nachgeben gezwungen!

Nun gilt es, weiter den Kampf um Gewährung einer Sonderunterstützung in Höhe von 2 Mark zu führen. Die Kurjusteilnehmer stehen für diese Forderung in passiver Resignation.

Jungerwerbslose! Ihr müßt, wenn es not tut, diese Kampfesform bis zum Streit steigern! Ihr müßt insbesondere die anderen Jungerwerbslosen sowohl wie die erwachsenen Erwerbslosen mobilisieren, daß sie durch den Kampf um ihre eigenen Forderungen die Kampfesfront verbreitern. Ihr müßt an die Betriebsjugend herantreten und sie auffordern, euch in eurem Kampfe um Brot und Kleidung zu unterstützen!

In der Gewerkschaftsjugend müßt ihr ebenfalls die jungen Gewerkschaftler zum gemeinsamen Kampfe aufrufen! Vorwärts in eurem Kampfe zur Rettung vor Hunger und Frost!

Naziunternehmer treibt SA-Mann in den Tod

Hausdorf/Ober-Weistritz. Ein bei dem Fleischermeister Knillmann in Ober-Weistritz beschäftigter Geselle, der auch gleichfalls bei dem anwohnenden Gastwirt Hermann Ventur als Haushälter nebenbei beschäftigt war, hat vorige Woche seinem Leben durch Erhängen ein schnelles Ende gemacht. Dieser Geselle, welcher jetzt neunzehn Jahre alt ist, war Waixe und war bei obengenanntem Fleischermeister als Pflegerlohn untergebracht. Nun wird von seiten der Pflegereltern und seinen Verwandten das Motiv der Tat darauf zurückgeführt, daß er aus „Liebestummer“ seinem Leben ein Ende gemacht hätte. Wir dagegen sind einer anderen Meinung. Da derselbe etwas beschränkt war, war er allen Launen und Schikanen des Meisters sowie seiner ihn Umgebenden ausgeliefert.

dazu bekam derselbe für seine Arbeit öfter eine Tracht Prügel, anstatt den ihm zustehenden Lohn.

Fui Teufel! Ist das Volksgemeinschaft, ihr Nazis? — Nun wollte man den geprügelten SA-Mann in Uniform beerdigen lassen, was jedoch sein Vormund sowie seine Angehörigen sich energisch verbaten und forderten, daß diese Mörderuniform so schnell wie nur möglich entfernt wird. Der Tote ist dann nach Langwallerbach gebracht und dort beerdigt worden.

Nationalsozialistische Arbeiter, SA-Proleten, erkennt, wie mit euch Schindluder getrieben wird, verlaßt die Partei eurer Peiniger, kämpft mit uns in roter Einheitsfront für ein wirkliches sozialistisches Deutschland!

Nazis versuchen Landarbeiter zu verprügeln

Laasan. Daß eine Reihe Nazistrolche, besonders auf den Gütern, glauben, heute schon Methoden des „Dritten Reichs“ durchzuführen zu können, ist schon oft betont worden. Ein Fall verdient erwähnt zu werden: Auf dem Dominium Laasan, dessen Pächter ein Herr Käthner ist, selbst Nazi, befinden sich noch etliche halengelungelte Jammerschichten. Der Strolch und Gutsbesitzer Deutscher verjagte, einen Landarbeiter zu prügeln, erhielt aber die nötige Abhilfe. Wenn Herr Käthner noch weitere Interesse an der Arbeitermenschheit für seine Milch und Butter hat, so raten wir ihm, dafür Sorge zu tragen, daß solche Vorfälle sich nicht mehr wiederholen. Wir Kommunisten werden alle Kräfte einsetzen, um auch den letzten Landarbeiter und die letzte Landarbeiterin in die antifaschistische Kampfesfront einzureihen, damit diesem schuldigen System recht bald ein Ende bereitet wird. Bei Gelegenheit werden wir noch weitere nazistische Jammerschichten unter die Lupe nehmen.

Sonderbare Erziehungsmethoden

Laasan. Eine Untzue der Kinder ist es, wenn auf den Treppengeländern hinabgerannt. Aber gegen die Methoden der Lehrer, diesem Uebelstande abzuhelfen, müssen wir uns wenden. Wenn die Lehrer Kägel in das Gelände schleudern, so zeugt das gerade nicht von großem erzieherischen Talent. Die Jungen waren nun etwas schlauer wie die Lehrer und entfernten die Kägel wieder, weil sich schlechtere Kinder die Hände schon aufgerissen hatten. Dafür, daß die Kinder schlauer waren wie die Lehrer, wurden etliche Kinder brutal verprügelt. Besonders der Junge bemächtigte sich eine große Empörung, und es hätte nicht viel gefehlt, und die Jungen hätten sich praktisch dagegen gewehrt. Durch besondere Brutalität zeichnet sich der Nazi-Lehrer Augustin aus, obwohl derselbe alle Urkräfte hätte, seinen Sobu erst einmal richtig zu erziehen. Wir aber raten ihm, seine Methoden zu ändern.

Der „arme Herr Kommerzienrat“!

Fauer-Polsnik. Als kleiner Mussolini spielt sich der Herr Landrat des Kreises Liegnitz-Fauer auf. Pischwig, ein größeres Bauerndorf, bekam auch die Härten der brutalen Rassenpolitik zu spüren. Die Erwerbslosen schlossen sich hier zusammen und bildeten einen Erwerbslosenausschuß, der die Forderungen der Erwerbslosen bei der Gemeinde und der Kreisbehörde vertrat. Der Erwerbslosenausschuß wurde dieser Tage vorstellig bei dem Herrn Landrat in Liegnitz um Bewilligung der Forderungen. Bei der Verhandlung äußerte sich der Herr Landrat Boos zu einem Ausschlußmitglied, es solle keine radikalen Töne schwingen, da wir noch keine bolschewistischen Zustände hätten und er ihm gern einen Freiheitschein nach Moskau ausstellen würde.

Die Auffassung der Erwerbslosen dazu ist: Wir wären sehr froh, wenn wir schon heute die bolschewistischen Zustände hätten. In einem bolschewistischen Deutschland würde der Herr Landrat keine solchen Töne schwingen und auch keine solchen Gesichter schaden, denn dann würden nur die Interessen des schaffenden Volkes vertreten. Weiterhin ließ sich der Landrat aus, er kenne die Not der Erwerbslosen, aber es ginge ihm selbst nicht gut, da er auch in zerfallenen und

Schwer schufteten, Kohlbauerschleibern, Kafenenhofdrill, und nun auch noch Lebensgefahr — das ist Arbeitsdienst zur „Erlächtigung“ der Jugend! Die Telegraphen-Union merkt, daß in dem Arbeitslager Schloß Reichsicht in Hannover in Schloffen im großen Schlafrum des nachts Kohlenoxydgase aus dem Ofen strömen, und daß nur durch einen zufällig noch nicht schlafenden Arbeitsdienstler ein furchtbares Unglück vermieden wurde. Als die Gasentwicklung gemerkt wurde, waren bereits 7 Personen betäubt.

Jungarbeiter! Eure Gesundheit, die ja oft genug durch Entbehrungen auch schon erschüttert ist, ist das einzige, was euch gehört! Laßt sie euch nicht rauben! Erzwingt gesunde, helle, lustige Unterkunftsräume, erzwingt ausreichende Sicherungen gegen alle der Gesundheit und dem Leben drohende Gefahren!

Leserzahl der „Arbeiter-Zeitung“ wieder um 200 Prozent gesteigert

Seitendorf. Für die „Arbeiter-Zeitung“ wurde in Seitendorf durch die vorbildliche Arbeit des Genossen Kober die Leserzahl erneut um 200 Prozent gesteigert; es wurden 300 Prozent B-Leser und 100 Prozent A-Leser gewonnen. Der Genosse hat schon wieder 50 Prozent aufgestellt. Wo bleiben die Ortsgruppen des Kreises Waldenburg? Sie werden nochmals herausgefordert. Wer meldet sich zum Wettbewerb? Macht Stadt und Land zu roten Burgen!

Nazi-Kulak prügelt die Jungarbeiterinnen

Peterwitz bei Fauer. Der Gutsbesitzer Richard Schwente in Peterwitz, ein Apostel des „Dritten Reichs“, behandelt seine Dienstleute so brutal, wie es eben von Anhängern des „Dritten Reichs“ nicht anders zu erwarten ist. Nachstehend ein Beispiel hierfür: Am 11. Dezember dieses Jahres gingen die Dienstmädchen des Kulaks Richard Schwente ins Dorf. Nach ihrer Rückkehr wurden sie von dem Nazi-Gutsbesitzer Schwente mit einer Tracht Prügel empfangen. Er forderte dann die Mädchen auf, ihre Schuhe anzuziehen, was sie auch taten. Schwente verfolgte sie aber bis in ihre Wohnung, brach daselbst die Tür ein und schlug wiederum auf die Mädchen ein, so daß sie ärztliche Hilfe in Kupprich nehmen mußten. Die Ausbeutung des Nazi-Schwente und seine Gemeinheiten gegenüber dem Dienstpersonal ist weit und breit bekannt. Trotz der diehlischen Behandlung der Nazi-Arbeitgeber finden sich noch immer Arbeiter, die sich einbilden, zu dieser Sorte von Reichen zu gehören. Wir fordern die volle Entschädigung der verletzten Mädchen und die Bestrafung des betreffenden Gutsbesizers.

Landarbeiter! Schließt euch zusammen zu einer Front und kämpft mit dem Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter gegen die Prügeleien, für eure Forderungen und Rechte!

Nazi-Kulak prügelt die Jungarbeiterinnen

Peterwitz bei Fauer. Der Gutsbesitzer Richard Schwente in Peterwitz, ein Apostel des „Dritten Reichs“, behandelt seine Dienstleute so brutal, wie es eben von Anhängern des „Dritten Reichs“ nicht anders zu erwarten ist. Nachstehend ein Beispiel hierfür: Am 11. Dezember dieses Jahres gingen die Dienstmädchen des Kulaks Richard Schwente ins Dorf. Nach ihrer Rückkehr wurden sie von dem Nazi-Gutsbesitzer Schwente mit einer Tracht Prügel empfangen. Er forderte dann die Mädchen auf, ihre Schuhe anzuziehen, was sie auch taten. Schwente verfolgte sie aber bis in ihre Wohnung, brach daselbst die Tür ein und schlug wiederum auf die Mädchen ein, so daß sie ärztliche Hilfe in Kupprich nehmen mußten. Die Ausbeutung des Nazi-Schwente und seine Gemeinheiten gegenüber dem Dienstpersonal ist weit und breit bekannt. Trotz der diehlischen Behandlung der Nazi-Arbeitgeber finden sich noch immer Arbeiter, die sich einbilden, zu dieser Sorte von Reichen zu gehören. Wir fordern die volle Entschädigung der verletzten Mädchen und die Bestrafung des betreffenden Gutsbesizers.

Landarbeiter! Schließt euch zusammen zu einer Front und kämpft mit dem Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter gegen die Prügeleien, für eure Forderungen und Rechte!

Nicht im stillen Winkel verrecken

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Schreiberhan. In Zukunft dürfen Erwerbslosen-Mitglieder-Versammlungen nicht mehr durchgeführt werden laut Verfügung des Herrn Landrats in Hirschberg! Diese Mitteilung wurde einem Kollegen vom Erwerbslosenausschuß durch den Polizeibeamten Buchberger persönlich zuteil. Aber was heißt: „Versammlungen verboten!“ Gleich vier Tage nach dieser Mitteilung wurde eine Versammlung einberufen, zu der etwa 70 Erwerbslose erschienen waren. Diese Versammlung wurde einberufen, weil dem Ausschuß ein drei Seiten langes Schreiben vom Gemeindevorsteher vorlag, welches den Erwerbslosen vorgelesen werden sollte, da in diesem Schreiben auf die Anträge der Erwerbslosen, die damals gestellt wurden, geantwortet ist.

Man hatte die Versammlung noch nicht eröffnet, da laut eilig schon ein Polizeibeamter, um die Versammlung aufzulösen. (Ein Zeichen dafür, daß unter den Erwerbslosen immer noch sogenannte Wachweiber sind! Man verachte, dem Beamten den Standpunkt klarzumachen, man telephonierte nochmals das Polizeibüro der Gemeinde an, doch alles vergebens. Ein Kollege vom Ausschuß forderte die Anwesenden auf, alle auf das Gemeindegelände zu gehen und sich dort den Inhalt des Schreibens bekanntgeben zu lassen. Daraufhin zogen alle zum Gemeindegelände. Eine Delegation verhandelte nochmals mit dem Polizeikommissar, doch auch dieses Mal wieder vergebens. Man beschloß, so lange zu warten, bis das „Oberhaupt“ erscheine, doch dieser schaute es nach seinem Erscheinen ab, mit der Masse zu verhandeln und gab dem Polizeibeamten den Auftrag, die Radanbrüder aufzuschreiben, die dieses Mal bestimmt bestraft werden.“ Nach diesen Worten zog er unter dem Protest der Erwerbslosen von dannen, wahrscheinlich nach dem „Kurhotel Lindenhof“ Unter Rufen wie „Nieder mit der Schleicher-Regierung!“ und „Wir Erwerbslosen fordern Arbeit und Brot!“ zogen die Erwerbslosen hinter dem „kleinen Mussolini“ einher, der „die Beine in die Hand nahm“, um so schnell wie möglich die Hungerstreike von seinen Ohren fernzurücken. Natürlich gab es, wie immer, wieder Feiglinge unter den Erwerbslosen, die lieber ruhig nach Hause gehen, um auch einen ruhigen Hungertod zu sterben.

Kollegen von Schreiberhan! Günstiger können wir es nicht haben, unser Elend den fatten Kurzgästen und dem Gemeindevorsteher zu zeigen. Darum müßt diese Zeit aus und laßt euer Elend nicht zu Hause bei Frau und Kind, sondern die fatten Bourgeois sollen es sehen.

Beginnt das Kampfjahr 1933

mit dem Massenvertrieb der „Jungen Garde“! Abonniert sie sofort. Sie kostet 10 Pfennig.

Sportergebnisse

Knapper Zirlauer Sieg über Janal-Ost

Der Landesmeister 4:3 siegreich

Janal-Ost benutzte die Weihnachtstage zu Freundschaftsspielen gegen Stern-Zirlau und Fichte-Striegau.

Es ist jetzt schon Tradition, daß Janal-Ost seine besten Spiele außerhalb der Breslauer Mauern liefert. So war es auch am ersten Weihnachtstag; unter Aufbietung aller Kräfte erzwangen die Breslauer gegen die Spielstarken Zirlauer Genossen bis Halbzeit ein 2:0 und blieben am Ende nur ganz knapp mit 3:4 geschlagen. In der Breslauer Mannschaft verlor jeder sein Bestes zu geben; bis auf einige schwache Momente des Rechtsaußen waren alle stets mit Erfolg am Spiel. Janals Torwächter machte noch so gut gemeinte Schüsse des gefürchteten Stern-Halbtrichters immer wieder unschädlich.

Janal-Ost II konnte dafür die nicht minder sieggewohnte zweite Elf des Bundesmeisters mit 2:1 schlagen, während die an der Fahrt beteiligte Janal-West-Jugend gegen Zirlau III nur ein 0:0 heraus-holen konnte.

Am zweiten Weihnachtstag war Fichte-Striegau Gegner der Breslauer, bei denen sich das schwere Spiel des Vortages deutlich bemerkbar machte. Mit 1:0 konnte Janal-Ost schließlich doch noch als Sieger das Feld verlassen. Leichter hatte es Janal-Ost II; Striegau II verlor 4:0. Dagegen erlitt Janal-West-Jugend gegen die eingespielteren Striegauer Jugendgenossen eine 2:0-Niederlage.

Die Breslauer Genossen haben von ihrer Weihnachtssahrt die Erinnerung an schöne, dem Arbeitersport würdige und für ihn werbende Spiele und an die außerordentliche gute und freundliche Aufnahme durch beide Gastgeber-Vereine mitgenommen, wofür diesen auch hier noch einmal gedankt sei.

Fortuna I — Schlesien I 2:1

Der neue Verein Schlesien trat hier das erste Mal in Erscheinung. Nach 20 Minuten flotten Spiels kann Fortuna 1:0 führen. Bis zur Pause gleicht Schlesien durch Elfmeter aus. Nach dieser ist Schlesien leicht im Vorteil, kann aber nicht verhindern, daß Fortuna das siegbringende Tor erzielt.

Schwarz-Weiß I — Dynamo I 2:2

Obige Vereine führten einen Solidaritätskampf zugunsten der streikenden Bauarbeiter durch. Der glatte Boden ließ technisch gute Leistungen nicht zu. Eine Sammlung von 3,46 Mark wurde der Streikkasse überwiesen. Bei den zweiten Mannschaften konnte Schwarz-Weiß einen 2:0-Sieg landen.

Rot-Weiß I — Fichte-West I 0:1

Am Sonntag traten obige Mannschaften zum Gesellschaftsspiel an. Das Spiel wurde eifrig und flott durchgeführt. Der Sturm konnte sich auf beiden Seiten nicht durchsetzen und so wurden die Seiten torlos gemechselt. Nach Halbzeit konnte Fichte einen Elfmeter verwandeln. Rot-Weiß ist leicht überlegen, aber nichts gelingt. Rot-Weiß mußte unerbittlich den Sieg Fichte überlassen.

Die 2. Mannschaften trennten sich 3:1 für Rot-Weiß.

Grün-Weiß I — Fortuna I 2:2

Fortuna kann froh sein, einen Punkt gerettet zu haben. Grün-Weiß war groß in Fahrt und hätte einen Sieg verdient. Halbzeit fand das Spiel 1:1. Fortuna konnte eine abgewehrte Ecke zum 2:1 verwandeln. Grün-Weiß glück durch Straßstoß aus. Bei den 2. Mannschaften siegte Fortuna 5:0.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau

Alle Teilnehmer zur Befreiung des Wasserhebwerks am Weidenbamm (18. Februar) müssen sich bis spätestens 11. Januar bei ihrem Abteilungsleiter oder Fahrwart melden.

Jugend- und Kindergruppe: Die Heimabende zwischen Weihnachten und Neujahr fallen aus.

Reichsmeisterschaft im Fußball entschieden

Die vollkommen außerprogrammmäßig verlaufene Fußballmeisterschaft der RG. nahm auch in ihrem spielerischen Ausgang ein sensationelles Ende. Die Freie Turnerschaft Jechitz als mitteldeutscher Meister konnte den Ballspielverein Gelsenkirchen, den Vertreter Westdeutschlands, mit nicht weniger als 8:0 schlagen.

1000 Zuschauer waren Zeugen eines überlegenen Kampfes der Mitteldeutschen über die Westdeutschen in Bitterfeld. Bis zur Halbzeit lieferten sich die Rivalen einen ausgeglichenen Kampf und hatten die Westdeutschen sehr viel Pech mit ihren Torschüssen. Insbesondere leistete der hervorragende Torhüter von Jechitz heftigen Widerstand. Trotz der 2:0-Führung der Mitteldeutschen glaubte man bei Halbzeit immer noch an einen Sieg der Gelsenkirchener. Die Jechitzer zogen jedoch nach dem Wiederbeginn mit einem derartigen Elan los, daß die Westdeutschen vollständig durcheinander kamen. Sechs Erfolge waren die Ausbeute einer technisch hochstehenden Kombination.

Die Veranstaltung in Bitterfeld stand ganz im Rahmen der Sammlung der antifaschistischen Sportfront in der Einheitsaktion. Eine Betriebsmannschaft, die in der Mehrzahl aus bürgerlichen Sportlern bestand, spielte gegen eine Mannschaft eines Arbeitsdienstlagers.

Ein Körperkultur-Kombinat entsteht

Abgesehen von dem Bau des Allunions-Stadions mit den ihm angeschlossenen Gebäuden, wie Körperkultur-Akademie, Sportpalast, Studentenheime usw., an der Peripherie Moskaus, welcher bereits in Angriff genommen wurde und zur Weltspartakiade beendet wird, soll inmitten der Stadt ein großes Körperkultur-Kombinat entstehen. Der bekannte große Markt „Susharova“ wurde gesperrt, und auf dem vier Hektar großen Territorium des früheren Marktes plant man den Bau des Moskauer Sportzentrums. Dazu gehören: ein Körperkulturhaus für zentrale und Moskauer Körperkulturinspirationen mit Versammlungsraum, Bibliothek, ärztlichen Laboratorien usw., ein Fußballplatz, eine Rennbahn und ein Kinderplatz. Im Winter werden diese Plätze zum Eislaufen ausgenutzt.

Internationaler Wettbewerb England — Sowjetunion

Zwischen dem Arbeitersportverein in Glasgow und dem Sportkollektiv des Betriebes „Sichel und Hammer“ in Moskau wurde kürzlich ein sozialistischer Wettbewerb abgeschlossen. Die Glasgower Arbeitersportler verpflichteten sich, bis zum 1. Mai 150 Vorträge und Ansprachen über die Sowjetunion in ihrem Bezirk zu organisieren und 50 verschiedene Artikel über die UdSSR. in ihrer Presse und Orts- und Wanderzeitungen zu publizieren; 1000 neue Abonnenten für die zentrale Sportzeitschrift „Porter Sportsman“ zu gewinnen; die Gründung von proletarischen Selbstschutzgruppen zu unterstützen; Agitation und Veranstaltungen zugunsten der Kämpfe der revolutionären Arbeiterschaft zu organisieren; Betriebsportgruppen zu schaffen; Schulungszirkel für Arbeitersportler zu bilden; drei Betriebsparteiläden durchzuführen; den Kampf für bestimmte Teilforderungen der Arbeitersportler zu führen. Der Wettbewerb hat begonnen am 7. November anlässlich der Feier der Oktoberrevolution. Welcher von den zwei Wettbewerbern die höchste Punktzahl erreicht, gewinnt eine Fahne.

Die roten Sportler und die Genfer Ereignisse

Das Organ der schweizer Arbeitersportler, „Rot Sport“, vom 8. Dezember schreibt zu den blutigen Genfer Ereignissen am 9. November:

„Unter den 13 Todesopfern und den Dutzenden Schwerverletzten befinden sich auch Genossen aus den Reihen des roten Sports. Rote Sportler standen bei den Ereignissen in Genf in vorderster Front. Zahlreiche von ihnen wurden verhaftet und in die Gefängnisse gesteckt. Unsere Sportgenossen in Genf haben damit dokumentiert, daß bei den Kämpfen der Arbeiterschaft gegen den Klassenfeind der rote Sportler sich einzureihen hat in die Kampffront der Klassenbewußten Arbeiterschaft.“

Die Genfer Arbeiterschaft kämpft für die Befreiung der Verhafteten, für die Entschädigung der Opfer, für das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Diese Forderungen müssen auch durch die roten Sportler wirksam unterstützt werden. Im Zusammenhang mit Genf ergibt sich für die roten Sportler die beste Gelegenheit, mit den Arbeitermitgliedern aus bürgerlichen Vereinen über diese Angelegenheit zu diskutieren und ihnen am Beispiel Genf zu zeigen, wo die Führer des bürgerlichen Sports bei den entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital stehen.“



Mütter und Kinder der gefangenen Klassenbrüder hungern und frieren. Gebt für die Winterhilfe der Roten Hilfe Deutschlands.

Versailler Diktat und Völkerbundsbeschlüsse

zur Unterdrückung der nationalen Minderheiten werden nur im gemeinsamen Kampfe des deutschen und polnischen Proletariats fallen.

Wählt überall Delegierte zur internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz, die nicht am 22. sondern am 29. Januar 1933 stattfindet

Das Rote Kung-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

6. Fortsetzung

„Unsere Genossen haben kein Verbrechen begangen und sind dennoch in Haft. Der Richter mißachtet das Gesetz. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es nicht nur um Ju-Kun, überhaupt nicht um einzelne Pächter, sondern um die ganze Bauernschaft geht. Ju-Kuns Sieg oder seine Niederlage bedeutet Sieg oder Niederlage für Hunderttausende von Bauern. In dieser schicksalvollen Stunde müssen alle geschlossen wie ein Mann auftreten. Ein Schlag nur und der Kampf bricht los. Ich hoffe, Brüder, ihr werdet euch nicht einschüchtern lassen.“

Ich glaube, daß wir eine ausgezeichnete Waffe in Händen haben. Erklären uns die Grundherren den Krieg, so werden wir ansehnlicher die Aufhebung der Geldgrenzen verkünden. Wir werden alle Grundstücke zu einem einzigen Kiezenfeld vereinigen, so daß kein Grundherr sich auskennen wird, wo sein Feld anfängt und wo das seines Nachbarn aufhört. Ich denke, wir werden es dann nicht nötig haben mit ihnen zu kämpfen — sie werden einander selber an die Gurgel fassen.“

Lauter Beifall war die Antwort.

Nachmals nahm der Vorsitzende das Wort.

„Am 12 Uhr wird der Bauernbund Grütze an euch verteilen lassen. Wenn ihr damit fertig seid, ziehen wir vors Gericht.“

Als wir aufbrachen, ging ein Platzregen nieder. Vordem hatte Dürre geherrscht, der Regen brachte die Bauern in Stimmung.

Das Gerichtsgebäude war von bewaffneten Soldaten umringelt. Mit denen machten wir kurzen Prozeß — um Umsehen hatten wir die Kette durchbrochen. Zu schießen wagten sie nicht.

Wir drangen ins Innere des Gebäudes vor und wählten Delegierte. Der Richter Tschan-Isu verrieglerte seine Genossen und erschien, von bewaffneten Gerichtspolizisten begleitet, mit den Delegierten zu verhandeln. Er tat sehr liebenswürdig, bot uns Tee und Zigaretten an und fragte darauf nach dem

Wir stellten unsere Forderung auf: die schuldlos verhafteten Bauern sollten sofort — und zwar unter Musik und Föhlerbüschen — in Freiheit gesetzt werden, der Richter sollte sich vor der Bauernschaft entschuldigen. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Der Richter bat um Aufschub. Die draußen Stehenden sangen an, ungeduldig zu werden. Rufe wurden laut:

„Wird's bald? Wird's Du sie freilassen, ja oder nein?“

Wieder rebete der Richter auf die Delegierten ein:

„Es sind Euer so viele gekommen, ich fürchte, Ihr werdet ins Gefängnis fürren!“

„Wir, die Delegierten, stehen dafür ein, daß nichts dergleichen geschehen wird; wir können sogar anordnen, daß die Menge zehn Schritt von den Gefängnistüren zurückweiche.“

Dem Richter blieb nichts weiter übrig, er mußte die Häftlinge in Freiheit setzen lassen.

„Es lebe die Bauernschaft! Nieder mit den Gutsherrn.“

Die Stadt hallte von den Rufen der tausendköpfigen Menge wider.

Ju-Kun und die übrigen wurden, als sie aus dem Gefängnis traten, hoch über die Menge emporgehoben. Man schrie, man tanzte, man jubelte. Die Laternen und Pfosten des Gerichtsgebäudes wurden zertrümmert.

Im Triumph zogen wir durch die Hauptstraße. Immer stärker prasselte der Regen nieder, immer lauter erschollen die Siegesrufe der Bauern.

Aus allen Straßenmündungen kamen dem Zuge Studenten entgegen. Föhlerbüsche abfeuernd und die Bauern mit lauten Willkommrufen begrüßend. Das ließ die Herzen der Teilnehmer noch höher schlagen. Als wir zum Lokal des Bauernbundes zurückkehrten, war wieder heiteres Wetter. Der Vorsitzende hielt folgende Ansprache:

„Zehnhundert, Jahrtausende lang haben die Bauern das Joch, die Schmähenungen von Grundherren und Beamten ertragen — ohne auch nur ihre Stimme dagegen zu erheben — und heute haben sie sechs Gefangene zu befreien vermocht. Welchen Macht hat dies erreicht? Antwortet, Genossen!“

„Die Macht des Kung-Feng!“ erscholl es aus der Menge.

„Die Macht des Bauernbundes!“ riefen viele Stimmen aus.

„Die Macht der Bauern!“ schrien wieder andere.

Der Redner fuhr in seinem Rede fort:

„Diejenigen, die hier behaupten, daß wir die Befreiung den Bauern oder dem Bauernbundes verdanken, haben recht, wenigstens teilweise. Ein Unsinn ist's aber zu sagen, Kung-Feng hätte dies fertiggebracht. Wenn Kung-Feng tatsächlich soviel Macht besäße — wozu hättet dann Ihr alle, die Ihr ja nach Tausenden zählt, aufmarschieren müssen?“

Ich glaube, Kung-Feng allein hätte unsere Genossen nicht zu befreien vermocht, auch wenn er noch so klug wäre.

Der Bauernbund aber ist, einzeln gesehen, nichts weiter als eine Bauernvertretung, vor der sich die Beamten nicht fürchten. Die Bauern werden von ihnen überhaupt nicht ernst genommen.

Nein — die Macht, die uns heute zum Siege verhalf, liegt darin, daß der Bauernbund es verstanden hat, die Führerschaft über Tausende von Bauern zu übernehmen, sie an einem Orte zu einer gemeinsamen Kundgebung zu vereinen. Vor dieser einheitlichen Macht, in der sich die Einzelkräfte von sechs- bis sieben-tausend Menschen vereinigten, mußten die Behörden zurückweichen; sie war es, die sie zur Freilassung unserer Freunde zwang.

Von heute ab — von dem Tage an, wo wir diese Erfahrung gemacht haben, — müssen wir uns noch enger zusammenschließen, unsere gemeinsame Macht noch mehr stärken; sonst wird unsern heutigen großen Siege morgen eine große Niederlage folgen!“

Nach einem dreimaligen Hochrufe auf die Bauernschaft wurde die Versammlung geschlossen.

Nach dieser Kundgebung kamen die Bauern zu der Ueberzeugung, daß der Bauernbund tatsächlich das Kampforgan der Bauernschaft für ihre eigenen Interessen darstelle. Zugleich erzielte der Haß gegen die Klasse der Grundherren eine nie gekannte Intensität. Der Einfluß des Bundes machte sich in den Nachbarbezirken geltend. Zuweilen erschienen so viele Bauern, die einzutreten wünschten, daß wir nicht dazu kamen, alle anzuhören.

In den Bezirken Tschen-Tsin, Uchua, Hsuejang, Lu-Feng wuchs die Mitgliederzahl des Bauernbundes von Tag zu Tag. Der Bund von Kung-Feng wurde zum vereinigten Bund des Gebietes von Suai-Tschou. Nach weiteren zwei Monaten griff die Bewegung auf entferntere Bezirke über, worauf die Gründung des Bauernbundes für die Provinz Huan-Dung folgte.

Fortsetzung folgt

Lügenflut gegen die Sowjetunion

Antibolschewistischer Wettbewerb zwischen SPD., Nazis und dem Papst

Eine wahre Lügenflut wird gegenwärtig von den Feinden des werktätigen Volkes gegen die Sowjetunion ausgegossen. Wir verzeichnen in den letzten Tagen bereits die Tatsache, daß diese Antifowjethege der deutschen Presse augenscheinlich mit bestimmten Absichten organisiert und höheren Ortes dirigiert wird.

Während die großen bürgerlichen Zeitungen Tränen über die „armen unschuldigen Opfer“ der GPU. vergießen, bemüht sich der „Vorwärts“ krampfhaft, durch

verlogene Darstellungen der Währungschwierigkeiten

des sozialistischen Aufbaus die befohlene Aufgabe der Antifowjethege zu erfüllen. Der „Vorwärts“ vom Sonabend bietet allein schon eine Blütenlese sozialdemokratischer Entstellungen und Lügenkunst. In einem Artikel wird eine völlig auf den Kopf gestellte und verlogene Darstellung des an anderer Stelle unserer Zeitung behandelten Lohnproblems in der Sowjetunion mit der verlogenen Ueberschrift versehen: „Lohnerhöhungen unter Strafe gestellt“. Der „Vorwärts“ weiß ganz genau, daß sowohl im Jahre 1932 die Löhne in der Sowjetunion um etwa 25 bis 40 Prozent erhöht worden sind, wie auch für das Jahr 1933 Lohnerhöhungen in ähnlichem Ausmaße vorgesehen sind. Das hindert ihn aber nicht, zu lügen: „Lohnerhöhungen unter Strafe gestellt.“

Noch toller wird es in einem zweiten Artikel: „Spannungen in Sowjetrußland“ getrieben. Die Tatsache, daß eine Reihe von Bürokraten gemahregelt worden sind, die ihre Stellung als Leiter von Sowjetgütern nicht im Interesse des Proletariats bekleiden haben, nimmt der „Vorwärts“ zum Anlaß, um fast ganze zwei Spalten in verlogener Weise heranzuphantazieren. „Der russische Proletarier“ — so heißt es in diesem Artikel — „lebt 1932 unverhältnismäßig schlechter, als 1928. Er ernährt sich schlechter als vor dem Krieg, er wohnt im Durchschnitt auch schlechter als vor fünf Jahren.“ Es gehört schon eine ungeheure Portion Frechheit dazu, mit derartigen Behauptungen hauffieren zu gehen, die den Stempel der Lüge von vornherein auf der Stirn tragen. Man bedenke, seit 1928 haben Millionen und aber Millionen von Sowjetarbeitern neue moderne Wohnungen bezogen, die im Laufe des Fünfjahrplans fertiggestellt wurden, seit 1928 ist die Arbeitslosigkeit vollständig liquidiert worden, Tausende von hervorragenden Betriebsstätten sind entstanden, der Lohnfonds der Sowjetunion hat sich mehr als verdreifacht. Der Goldschreiber im „Vorwärts“ aber faselt „unverhältnismäßig schlechter als 1928“. Für die Strupellosigkeit der „Vorwärts“-Hege spricht die Tatsache, daß man sich nicht scheut, in dem Artikel zu behaupten: „In den letzten Wochen gab es im Kuban-Gebiet und nicht bloß dort, bewaffnete Bauernaufstände...“ Das heißt der Unverschämtheit die Krone aufsetzen.

Wir erklären hierdurch öffentlich den für diesen Artikel des „Vorwärts“ verantwortlichen Redakteur für einen bewußten Lügner.

Diese „Bauernaufstände“ hat er sich in ähnlicher Weise aus den Fingern gelogen, wie es die Redakteure des „Angriff“ und des „Völkischen Beobachters“ bezüglich ihrer Märchenerzählungen von „Hungerunruhen und Revolten in Sowjetrußland“ fast täglich zu tun pflegen.

Die Arbeiter in Magnitogorsk, in Salachin und Wolki werden außerordentlich erstaunt sein, wenn wir ihnen die Ausschnitte aus dem „Völkischen Beobachter“ und dem „Angriff“ zufenden, in denen mit der Dreifachheit von Idioten behauptet wird, daß in diesen Städten „Hungerunruhen mit Waffengewalt blutig unterdrückt“ worden wären. Sie werden sicher über diese Märchenerzählungen nationalsozialistischer Zeitungen herzlich lachen und nicht versäumen, auf diese Lügen selbst zu erwidern, was wir dann in der „Roten Fahne“ veröffentlichen werden.

Die Front der Antifowjetheger in den Weihnachtstagen wäre nicht vollständig, wenn sich nicht zu ihnen in gewohnter Weise auch

der Papst gesellen würde. Der Papst hat eine Weihnachtsrede durch Radio gehalten. Er gedachte nicht der Opfer kapitalistischer Ausbeutung, die zu Millionen dahinstehen und verhungern. Er gedachte nicht der zehntausende durch japanische Bomben zerrissenen Chinesen in der Mandschurei. Er gedachte auch nicht jener tausende Opfer auf den Schlachtfeldern des Chaco, die zur höheren Ehre der Profite des amerikanischen und englischen Dollapitals ihr Leben ließen. O nein, davon sprach der Papst kein Wort. Aber er vergoß bittere „Tränen“ über das „fürchterliche Schicksal“ der Gläubigen in der Sowjetunion, die angeblich von den bösen Bolschewiki so verfolgt werden. Es lohnt sich nicht, auf

diese zum Erbrechen wiederholte Lüge von „Religionsverfolgungen“ in der Sowjetunion einzugehen, jeder Arbeiter weiß heute in Deutschland, daß in der Sowjetunion sowohl die Freiheit des religiösen Glaubensbekenntnisses, wie der antireligiösen Propaganda herrscht.

Schwere Arbeitslosenunruhen in Warschau

Warschau, 24. Dezember. In Warschau kam es heute zu schweren Arbeitslosenunruhen. In den Arbeitervierteln bildeten sich unter kommunistischer Führung mehrere Demonstrationzüge von Arbeitslosen, die in das Markthallenviertel zogen und dort in die großen Lebensmittelspeicher eindrangen. Ein riesiges Polizeiaufgebot wurde zusammengezogen, aber erst nach heftigen Kämpfen gelang es der Polizei, die Demonstranten auseinanderzutreiben. 12 Arbeiter wurden verhaftet.

Weihnachtsbescherung für Schleicher



Hai-Feng - Das Rote Mai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

7. Fortsetzung.

Täglich suchten 300 bis 400 Bauern die Lokale des Bauernbundes in den verschiedensten Angelegenheiten auf. Glücklicherweise hatte auch die Zahl der in der Bauernbewegung tätigen Genossen erheblich zugenommen.

Der von den Hai-Fenger Grundherren, Bürgern und Beamten gegründete Schutzverband der Steuerzahler war durch die nie dagewesene, beispiellose Massenfundgebung, die die verhafteten Bauern befreit hatte, in Angst und Schrecken veretzt worden. Damals gab der Bauernbund bekannt, daß der als Pachtzins zu entrichtende Reis in den Speichern der Bauern lagere und daß jeder Versuch der Grundherren, gegen die Bauern vorzugehen, die Vernichtung der Feldgemarkungen zur Folge haben würde. Der Schutzverband mußte nachgeben. Da begann der Vorsitzende des Schutzverbandes, Tschun-Tschun-Po, mit einigen anderen abergläubischen Honoratioren zusammen Buddha und seine Heiligen um ein Mittel anzusuchen, womit sie den Bauernbund erfolgreich bekämpfen könnten.

Im Buddhatemple veranstalteten sie eine spiritistische Séance. Die ersten Hieroglyphen aber, die der von den Spiritisten beschworene Geist zeichnete, lauteten: „Der Sieg des Bauernbundes ist unabwendbar.“

Da ließen Grundherren und Beamte die Köpfe hängen und wurden ganz kleinlaut. Am folgenden Tage berief Tschun-Tschun-Po eine Generalversammlung des Schutzverbandes ein und erklärte, sein Amt niederlegen zu wollen; als Grund hierfür gab er die Prophezeiung des Geistes an, der außerdem noch verkündet hatte, Tschun-Tschun-Po solle „weiter gedeihen“. Der Wille des Geistes, führte Tschun-Tschun-Po aus, sei heilig und dürfe nicht verletzt werden. Auf seine — Tschun-Tschun-Po — Frage, was er denn weiter tun solle, habe der Geist ihm die Weisung gegeben, nach Hongkong zu reisen, was er denn auch zu tun beabsichtige.

Zwei Tage darauf reiste Tschun-Tschun-Po wirklich nach Hong-

kong ab. Diesen ganzen Kummel mit der spiritistischen Sitzung und der Geistererscheinung hatte er in seiner Angst vor dem Bauernbunde in Szene gesetzt, um einen glaubhaften Vorwand zur Flucht zu haben. Bald nach seiner Abreise löste der Schutzverband der Steuerzahler sich auf.

Von nun ab hatte der Bauernbund es mit einem einzigen offenen Widersacher zu tun — mit dem Herausgeber der Zeitung „Luang-Tschikan“, die Tag für Tag Berleumdungen gegen den Bund veröffentlichte. Der Grundherr und spätere Bezirksobmann Wan-Ho-Sin und Tzu-Tsin-Tun, ehemaliger Lehrer des Tschun-Tschun-Po, ein einflußreicher Mann, sandten insgeheim Depeschen an die Behörden von Kanton, in denen sie meldeten, daß der Bauernbund zum Aufruhr hebe, die Gefängnisse stürme, die Verbrecher in Freiheit setze usw.

Der Bauernbund lehnte aber seine Werbe- und Organisationsarbeit ruhig und beharrlich fort. Tschun-Tschun-Po*) der Bezirke Chu-ein, Tschun-Tschun und Uchua hatten erfahren, daß der Bauernbund eigens zum Schutze der Armen gegründet worden war, und bekundeten ihm seitdem lebhaftes Interesse und Teilnahme. In den Dörfern, die dem Bunde angehörten, rührten sie gewöhnlich kein einziges Stück Vieh an. Kamen dennoch Diebstähle vor, so wurde das Entwendete auf die bloße Mahnung des Bauernbundes hin zurückerstattet.

Niemand wagte es, die Orte aufzusuchen, wo die Tschun-Tschun-Po hausten — die Mitglieder des Bauernbundes aber hatten überall freies Geleit. Dies gab den Konterrevolutionären den erwünschten Anlaß, den Bauernbund in den Depeschen, die sie an die Behörden sandten, des Einvernehmens mit den Räubern zu bezeichnen.

Vom Bezirksbauernbund von Hai-Feng, über den Bauern-Bauernbund des Bezirks Chuaj-Tschou, zum Bauernbund für ganz Huanbung ging der Weg, den die Bauernbewegung zurückgelegt hatte. Zu erwähnen ist jedoch, daß damals nur die Bezirke von Hai-Feng und Lu-Tschun über eine gute Organisation verfügten.

In der ersten Hälfte des 12. Jahres der Republik (1923) setzte sich die Entwicklung der Bauernbewegung ohne besondere

*) Freischaren, Partisanen, aber ohne politisches Ziel, anarchistische Gruppen entwirreter Bauern. Solche Gruppen gibt es seit Jahrhunderten in China. Ihre Existenz ist durch das Massenelend bedingt. In bürgerlicher Literatur wurden sie bis-her als „Räuber“ genannt.

Zwischenfälle fort. Im sechsten Monate dieses Jahres (nach der alten chinesischen Zeitrechnung) erhob sich gegen Mitternacht ein heftiger Wind; ein Gewitter brach los, der Wind schwall zum Orkan, der Mauern umstürzte, Häuser hinwegsegte, Bäume entwurzelte. Als der Morgen zu grauen begann, trat der Fluß aus den Ufern. Von allen Seiten her erschollen verzweifelte, keinen Augenblick verstummende Hilferufe. Der Sturm legte sich bald, das Hochwasser hielt zwei Tage lang an.

Bei diesem Anlaß entfaltete der Bauernbund eine rege Tätigkeit. Sofort wurden Rettungskolonnen gebildet. Die einen brachen in Booten nach den überschwemmten Ortschaften auf, um den Bauern sofort Hilfe zu leisten, die anderen wurden mit Spaten ausgerüstet und gingen daran, das Wasser von den überschwemmten Feldern abzulassen und rasch die Staudämme wiederherzustellen; wieder andere stellten Untersuchungen an Ort und Stelle an.

Die rege Tätigkeit des Bauernbundes machte auf die Bauernschaft einen großen und nachhaltigen Eindruck.

Allmählich sank das Wasser. Von überallher, aus Dörfern und Flecken, machten sich die Bauern auf den Weg, um beim Bauernbund Rat und Beistand zu suchen. Die einen erstatteten Bericht über das Unglück, das sie heimgesucht hatte, die anderen fragten, wie sie es jetzt mit dem Pachtzins halten sollten. Täglich stellten sich fünf- bis sechshundert Menschen in der Geschäftsstelle des Bundes ein. Es wurde eine Plenarversammlung des Volkzugsausschusses einberufen, die über alle diese vielfältigen, neu aufgetauchten Fragen entscheiden sollte. Dieser Versammlung, die bis zur Ankunft einiger im Bezirk Lu-Tschun tätiger Mitglieder des Ausschusses vertagt wurde, ging eine Beratung voraus, auf der sich, bei der Erörterung der mit dem Pachtzins zusammenhängenden Fragen, zwei grundverschiedene Strömungen erkennen ließen. Einige der Anwesenden hielten hartnäckig an dem vom Bauernbund anfänglich festgelegten Plan fest, wonach der Kampf um die Ermäßigung des Pachtzinses in Hai-Feng nicht vor drei Jahren einleiten sollte. Die anderen wiesen darauf hin, daß die Sachlage sich nunmehr durchgreifend verändert hätte. Sollten die Grundherren jetzt, trotz Hochwasser und Missernte, auf Zahlung des vollen Jahreszins bestehen, so würde dies eine schreiende Ungerechtigkeit sein. Die Rechte der Bauernschaft, die unter dem Eindruck des Unglücks, das sie betroffen hatte, den Kampf mit den Grundherren bis zum Neuesten fortführen würde, dürften nicht unterjocht werden. Unter solchen Umständen wäre ein Sieg wohl möglich.

Schleichers „Dritte Front“

Was haben drei Wochen Schleicher-Regierung gezeigt? — Was ist die „Dritte Front“?

Vom Reichsamt der RGO. wird uns geschrieben:

Drei Wochen steht die Schleicher-Regierung am Ruder. Und schon bieten die ersten Schritte dieser Regierung der deutschen Arbeiterschaft die Gelegenheit sich zu überzeugen, daß sie die Milderung ihrer Leiden und Nöte von der Schleicher-Regierung genau so wenig zu erwarten hat, wie von ihrer Vorgängerin, der Papen-Regierung.

In seiner Programmklärung im Berliner Rundfunk sprach General Schleicher, in den Mittelpunkt seiner Regierungs-Mittelt die Sorge um die Erwerbslosen zu stellen. Am Mittwoch, dem 21. Dezember, fand die letzte Sitzung des Reichskabinetts statt, in der ein Winterhilfsprogramm in Höhe von 35 Millionen Mark beschlossen wurde. Dieses Geld soll zur Beschaffung von Fleisch und Kohle benutzt werden. Zu gleicher Zeit erklärt die Regierung, daß der von Schleicher und Papen verordnete Unterstützungsabbau bestehen bleibt.

Dieser Unterstützungsabbau wurde am 14. Juni 1932 durch Notverordnung diktiert. Was nahm diese Notverordnung den Erwerbslosen? Eine Senkung der Erwerbslosenunterstützung von durchschnittlich 23 Prozent. Der durchschnittliche Unterstützungssatz pro Kopf und Monat wurde von 48,76 Mark netto auf 37,34 Mark herabgedrückt. Den Erwerbslosen wurde dadurch etwa 700 Millionen Mark pro Jahr genommen.

Dieselbe Notverordnung brachte Rentenkürzungen, die auf mindestens 370 Millionen Mark geschätzt werden müssen. Außerdem eine neue Arbeitslosenabgabe von 1,5 Prozent des Einkommens und 2 Steuererhöhungen, was etwa 1/4 Milliarden Mark ausmacht. Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 nahm also den Werktätigen etwa 1,75 Milliarden, darunter 700 Millionen Mark den Erwerbslosen.

1,75 Milliarden Mark wurden genommen, 35 Millionen Mark werden gegeben — das ist die erste Bilanz der Schleicher-Regierung.

In der Sitzung des Reichskabinetts vom 21. Dezember wurde ein Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung im Ausmaß von 500 Millionen Mark bekräftigt. Das Geld soll durch Kreditausweitung bereitgestellt werden, was unweigerlich zur Preiserhöhung und damit zur Senkung des Reallohnes führen muß. Dazu kommt noch eine „Kleinigkeit“: am selben Mittwoch, an dem das Reichskabinetts das Sofortprogramm von 500 Millionen Mark beschlossen hat, ist ein Bericht über den Stand der Erwerbslosigkeit veröffentlicht worden, wonach in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 249 000 Erwerbslose mehr gezählt wurden. Die Zahl der Erwerbslosen wird auf 7 bis 8 Millionen geschätzt. Wenn die 500 Millionen Mark auch eingesetzt werden, so sind sie kaum imstande, diesen 249 000 Erwerbslosen vorübergehend Arbeit zu verschaffen. Was sollen die übrigen Millionen hungerrnden und darbenenden Erwerbslosen tun?

Die Schleicher-Regierung hat den sozialpolitischen Teil der September-Notverordnung abgeschafft. Die Unternehmer erhielten durch die September-Notverordnungen das Recht, die Löhne trotz bestehender Tarifverträge bis 12,5 Prozent abzubauen, wenn sie Steuerkürzungen vornehmen; die Schlichter konnten untertarifliche Löhne verordnen. Diese beiden verordneten Lohnabbaumöglichkeiten sind nunmehr abgeschafft. Jeder deutsche Arbeiter soll sich die Frage stellen: Warum hat die Schleicher-Regierung den sozialpolitischen Teil der September-Notverordnungen abgeschafft, die Notverordnung vom 14. Juni aber nicht?

Die Antwort liegt auf der Hand. Die Erfahrungen, die die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten gemacht hat, haben sich in diesem Falle wieder mit beengender Gewalt bestätigt. Wie hat die Arbeiterschaft auf die Notverordnungen vom 4. und 5. September geantwortet? 500 betriebliche Streiks in zwei Monaten, darunter der heroische Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Und das Ergebnis: die Schleicher-Regierung nimmt den sozialpolitischen Teil der Verordnungen zurück. Wie haben die Erwerbslosen, wie hat die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf die Notverordnung vom 14. Juni reagiert? Sie ist von der Arbeiterschaft stillschweigend hingenommen worden. Deshalb bleibt sie auch bestehen.

Die „Tat“ über die RGO.

Im Dezemberheft der Zeitschrift „Die Tat“ — die engen Verbindungen des „Tat“ Kreises mit Schleicher sind bekannt — wird mit großer Offenheit die Ueberraschung geschildert, die die Streikwelle der letzten Monate bei Schleicher und seinen Freunden hervorgerufen hat. In einem Aufsatz „Was wird der Arbeiter tun?“ heißt es:

„Die annähernd 500 kleineren und größeren Streiks zeigten von einer Kampfbereitschaft der Betriebsarbeiter, wie man sie im Laufe des letzten Jahrzehnts nicht mehr gesehen konnte.

„Daher (die Streikwelle) jetzt überhaupt wieder wirkungsvoll angewandt wurde, ist vor allem das Werk der Kommunisten. Die vom Kommunismus erfassten Kräfte lassen sich vom autoritären Staat nicht neutralisieren. Sie kämpfen nicht um den Staat und seine Reformen, wie der Nationalsozialismus, sondern gegen diesen Staat überhaupt.“

Die Streikführung, gibt die Zeitschrift Schleichers zu, lag in den Händen der RGO.:

„So endete im September 1932 zum erstenmal seit der mitteldeutschen Märzaktion von 1921 ein Lohnkampf für die Streikenden erfolgreich. An allen Ecken und Enden, an mehr als 20 Orten im Reich, in Berlin, Hamburg, Leipzig, Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet traten die Belegschaften zahlreicher Mittelbetriebe gegen die Lohnkürzungen, die der Papen-Plan vorsieht, in den Ausnahm. Aus dem wilden Streiks wurden organisierte. Die Gewerkschaften stellten sich notgedrungen oder freiwillig hinter die Streikenden und funktionierten den Abwehrkampf. Es bildeten sich Streikkommissionen von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten. Die Führung lag aber durchweg bei der RGO. Die seit Jahren geltende Theorie, daß Streiks in Zeiten der Arbeitslosigkeit sinnlos seien, war mit einem Schlag widerlegt. Die betroffenen Firmen wurden fast durchweg zum baldigen Nachgeben gezwungen. Standen sie doch einer spontan zuhause gekommenen Front der Arbeitnehmer und der Erwerbslosen gegenüber.“

Die Zeitschrift schildert, wie die Streiks zuerst in mittleren Betrieben einsetzten, die Einheitsfront von unten konnte sich

entwickeln, weil die kommunistischen Arbeiter die Vorhut übernahmen und die anderen mitrissen“. Dann kam der B.W.G.-Streik. Dieser Streik „wurde gegen den Schiedspruch des Schlichters, wie gegen die freien Gewerkschaften“ geführt. Die freien Gewerkschaften mußten sich „mit der Tatsache ihrer effektiven Ausschaltung aus der Tarifpolitik“ abfinden. „Sie gaben damit eine Position preis, die ihnen bis dahin die Überlegenheit gegenüber den Unorganisierten und Kommunisten verbürgt hatte.“ Der B.W.G.-Streik sei die Auswirkung der „neuen kommunistischen Strategie“:

„Unter diesen Umständen wird der Streik mit recht als ein Wendepunkt der sozialen Kämpfe in Deutschland angesehen. Und zwar nicht bloß im proletarischen Lager. Auch die „DNZ“, die sich hier nur im Ton vom „Vorwärts“ unterschied, fühlte sich „trotz aller offiziellen Schönfärberei in eine Zeit versetzt, die sie längst für überwunden hielt.“

Die zentrale Aufgabe Schleichers

Was ist die zentrale Aufgabe der Schleicher-Regierung? Arbeit schaffen, sagt Schleicher selbst. Es wäre aber eine trügerische Illusion, die Schleicher-Regierung nach ihren Worten zu beurteilen. Für jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat, steht einwandfrei fest: mit kapitalistischen Methoden kann man die Erwerbslosenfrage überhaupt nicht lösen.

Aber auch eine beschränkte Milderung der Not von 7 bis 8 Millionen deutscher Arbeiter und ihrer Familien ist nur durch einen tiefen Griff in die Taschen der Reichen möglich. Will man ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen, ohne den Reichen zu Leibe zu gehen, dann bedeutet es, das Elend noch mehr zu vergrößern. Die Reichen werden aber niemals aus freien Stücken auch nur auf ein Teilchen ihrer Bezüge verzichten. Dazu gehört der entschiedene Klassenkampf.

Die Schleicher-Regierung kann genau so wenig das Schicksal von 7 bis 8 Millionen Erwerbslosen meistern, wie die Papen- und Brüning-Regierung. Weil die deutsche Kapitalistenklasse das Problem der Erwerbslosigkeit nicht zu lösen imstande ist, tauscht sie die Methode Papen mit der Methode Schleicher aus.

Die zentrale Aufgabe der Schleicher-Regierung heißt nicht Arbeit schaffen, sondern Schaffung der „dritten Front“. Was ist das für eine „dritte Front“? Das ist die Einheitsfront der gewerkschaftlichen und bündischen Bürokratie, gemeinsam mit den Führern der RSDAP, um große Teile der organisierten Arbeiter für die Unterfütterung der Schleicher-Regierung zu gewinnen. Insbesondere kommt es der Schleicher-Regierung auf die in den freien Gewerkschaften und im Reichsbanner organisierten Arbeiter an. Mit Hilfe der Bürokratie sollen große Teile dieser Arbeiter, unter dem Vorzeichen einer ausgeklügelten sozialen Phrasologie, an den Karren des autoritären Staates gespannt werden. Dadurch soll es in den Wintermonaten gelingen, den Ansturm der proletarischen Massen zurückzuhalten und in der Zu-

kunft die Gewerkschaftsorganisationen allmählich in einen faschistischen Ständestaat einzubauen. Das ist die Aufgabe der Schleicher-Regierung.

Hans Jehrer, der führende Theoretiker des „Tat“ Kreises, schreibt über das Kabinetts Schleicher:

„Dieses Kabinetts ist ein Ende und ein Anfang zugleich... Das letzte Pferd ist aus den Stall herausgeholt worden... Aus seiner (Schleichers) bisherigen Haltung geht auch das Bestreben hervor, in jedem Fall eine Brücke zwischen den Kräften der Rechten und den Kräften der Linken zu schlagen, die die Voraussetzung für eine neue Volksgemeinschaft ist. Denn Deutschland wird weder von rechts noch von links neu gebildet werden, sondern es kann nur von einer dritten Front aus, die oberhalb der alten, liberalen Gegensätze zwischen rechts und links liegt, umgeformt werden... Dieses Kabinetts hat die große Aufgabe, die Kräfte von rechts und links langsam wieder in den Staat einzubauen und diesem Staat damit wieder ein festes Fundament und einen lebendigen Inhalt zu geben.“ („Tägliche Rundschau“ vom 4. Dezember 1932.)

Wer sind die „Kräfte von rechts und von links“, die in den Staat einzubauen sind? Das ist die RSDAP und das sind die Gewerkschaften. Jehrer sagt in diesem Aufsatz: „Wir kommen um den staatsrechtlichen Einbau der Berufsstände in den Staat nicht herum. Die Vorbereitungen dieses Einbaues müssen heute getroffen werden und zwar zunächst von den Gewerkschaften selber.“ Der faschistische Ständestaat — die gelbe Volksgemeinschaft im Betrieb; Arbeitsgemeinschaften in den Industriezweigen, Wirtschaftsbezirken und im Reichsmassstab mit Streikverbot; nach dem Muster der musolinischen Korporationen oder etwas anders geformt — soll allmählich aufgebaut werden.

„Dritte Front“ und freie Gewerkschaften

In einer längeren Schrift, herausgegeben vom „Tat“ Kreis, („Die Front der Gewerkschaften“ von Carl Rothe) werden die Ansichten dieses Kreises über die freien Gewerkschaften sehr offen dargelegt. Die Schrift schildert den Inhalt des Umbauprogramms des DGB. und glossiert ihn mit folgenden Worten:

„Das Dokument (das „Umbau“-programm) ist zur Stunde das klarste und umfassenste wirtschaftliche Programm, in sich ausgewogen und den einzelnen unter sich höchst unterschiedlichen Abschnitten der Produktion wie den Erfahrungen und den Wandlungen eines halben Jahrhunderts gerecht werdend, weit aus politischer jedenfalls, als der Sozialismus aller Prägung und marginaler Dialektik das vermochte. Die ganze materialistische Terminologie ist ausgemerzt, der Kommentar zu den einzelnen Positionen gibt eine ausgezeichnete Begleitung... Die freien Gewerkschaften sind mit dieser Kundgebung in einem entscheidenden Stadium der deutschen Gesamtentwicklung herausgekommen.“

Die Schrift behandelt den Krisenkongreß der freien Gewerkschaften und die Diskussion über Arbeitsbeschaffung, die in der freigewerkschaftlichen Presse diesem Kongreß vorausging. Der bekannte Aufsatz von Woytinski über Arbeitsbeschaffung in der „Arbeit“ Juni 1931 (über diesen Aufsatz sagte Gregor Straßer in seiner Rede vom 10. Mai 1932, daß er die Gedankengänge des Nationalsozialismus zur Arbeitsbeschaffung enthält) wird ausführlich zitiert. Woytinski schlug in diesem Aufsatz Arbeitsbeschaffung mit Hilfe von Kreditausweitung vor, er prägte den Satz: „Die Krisenbekämpfung heißt aber Arbeitsbeschaffung. Und wer Arbeitsbeschaffung sagt, der hat von der Krediterschöpfung gesprochen.“ Bis dato wagte die DGB-Bürokratie nicht, sich offen für Kreditausweitung, in der Tat also für Senkung des Reallohnes, auszusprechen. Die Schrift des „Tat“ Kreises sagt zu dem Woytinski-Aufsatz:

„Das war nach eilichen zehn Jahren endlich die richtige Sprache... Sollte man Führer der Arbeiterschwer bleiben, so war es höchste Zeit, Antwort zu geben. Das ist dann allerdings mit einer bemerkenswerten Klarheit und Offenheit geschehen, die sich auch nicht scheute, Angebetetes zu verbrennen. Die Probleme waren mit Arbeitsbeschaffung, Kreditausweitung, Agrarpolitik und Siedlung zunächst gestellt.“ (Seite 66/67.)

Die Schrift kennt keine Grenzen in ihrem Lob bei der Behandlung des Verhaltens der Gewerkschaftsführer während des Weltkrieges. Und dabei prägt der Verfasser einen sehr interessanten und zeitgemäßen Satz. Er schreibt:

„Regierung und Heeresleitung haben sich in der Fülle der plötzlich notwendig gewordenen sozialen Notverordnungen weitgehend des Bestandes und der Vorarbeit der gewerkschaftlichen Organisationen bedient... Woran man sich für zukünftige Eventualfälle erinnern sollte.“ (Seite 47.) Ja, die deutsche Kapitalistenklasse hat sich immer wieder, wenn Notverordnungen notwendig wurden, an die unvergeßlichen Verdienste der Gewerkschaftsbürokratie während des Weltkrieges erinnert. Der ganze Sinn der Schleicher-Regierung besteht eben

darin, daß die deutsche Kapitalistenklasse an dieses ihr letzte Kraftreservoir, an die Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie, sich „erinnert“ hat.

Hören wir, was diese Schleicher-Schrift über die Gewerkschaftsführer im Weltkrieg sagt, auf diesem Gebiet sind der „soziale“ General und seine Freunde zweifelsohne kompetent:

„Die proletarische Vaterlandsliebe hat in der Stunde der Gefahr mit einer phrasenlosen Selbsterständlichkeit ihre Pflicht getan.“

Sofort — am 1. Mobilmachungstag — beschloß die General-Kommission der sozialistischen Gewerkschaften die unmittelbare Einstellung aller Lohnkämpfe und die Einstellung jeglicher Streikunterstützung. Als erste haben die Gewerkschaften von sich aus den wirtschaftlichen Burgfrieden proklamiert und unter dieser Parole hat Regien die Freien durch den Krieg gesteuert. Dabei hat es nicht an schwersten Angriffen seitens des radikalen Flügels gefehlt, die pariert werden mußten. Regien hat noch im Winter 1914 den Ausschluß Karl Liebknechts aus die Partei beantragt, und die Kluft zwischen Gewerkschaften und Radikalen fand eine Ausdehnung, daß in den großen Industriezentren die Gewerkschaftsvertreter in Parteiveranstaltungen nicht mehr auftreten konnten, ohne größten Anwürfen und Verdächtigungen ausgesetzt zu werden...“

Es bedarf keines Kommentars, daß die innerpolitische Lage wie die Führung des Krieges kaum vorzustellen gewesen wäre, wenn nicht Regierung und Oberste Heeresleitung auf die Organisationen der Arbeitnehmer hätten zurückgreifen können. Während des Krieges waren die Gewerkschaften der Mittler zu den werktätigen Massen, der keinen Augenblick verlag hat. Die Zusammenarbeit zwischen Kriegsführung und Gewerkschaftsführung ist nie belastet gewesen.“

Die Kriegsführung wäre undenkbar ohne die Führung von Regien und Leppart, bezeugt die Schleicher-Schrift. Die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland wäre ohne Gewerkschaftsbürokratie und SPD. undenkbar. Und jetzt, als alle Dämme durch Krise und revolutionären Ausschlag brechen, greift die Kapitalistenklasse wieder zu ihrer alten erprobten Reserve.

Mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie soll es gelingen, den Sturm der Massen gegen Hunger und Verelendung zurückzuhalten. Mit ihrer Hilfe sollen die Gewerkschaftsorganisationen in den autoritären Staat allmählich eingebaut, mit ihrer Hilfe soll allmählich der faschistische Ständestaat aufgebaut werden. Das ist das Schleicher-Programm, das von Leppart unterstützt wird. Nur ist in diesem Programm ein Rechenfehler vorhanden: sie verwechseln die Gewerkschaftsführung mit den Gewerkschaftsmitgliedern. Die Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden nicht den Weg Lepparts zum Faschismus gehen. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Anhänger der revolutionären Gewerkschaftspolitik, den Protektur in der Gewerkschaft und Verleben zu verstärken, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder auf den Weg des Kampfes gegen Hunger, Faschismus und Ausbeutung zu führen.